

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis Mr. 1.80 pro Vierteljahr. Zu bezahlen durch
die Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentbehrlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Käyser, Berlin.
Für die Expedition und den Anzeigenverkauf: Eduard Steinbrenner, Berlin.
Redaktion und Expedition: Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2.

Unterlage für die vierseitige Zeitung oder deren Raum 10 Pf.
Vergnügungsangebote und Arbeitervermittlungen 10 Pf.
Versammlungsangebote 10 Pf.

Der paritätische Arbeitsnachweis.

II.

Über den Arbeitsnachweis gibt es eine sehr umfangreiche Literatur, die fortwährend anwächst. Dieser Umstand allein zeigt schon, daß es sich hier keineswegs um ein einfaches Problem handelt. Über alle, die sich mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigt haben, dürften unbeschadet aller Meinungsverschiedenheiten darin übereinstimmen, daß das Umstauen, das Haustieren mit der Arbeitskraft, die primitivste und unzweckmäßigste Art der Arbeitsvermittlung ist. Die Wege schieden sich erst dann, wenn es gilt, etwas besseres an dessen Stelle zu setzen. Das Umschauen hat sich zwar in vielen Orten teils allein, teils neben anderen Arbeitsvermittlungsanstalten erhalten, es wäre aber irrig, anzunehmen, daß diese Methode, einen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen, die ursprüngliche sei. Im Mittelalter bestand eine verhältnismäßig gut geregelte Arbeitsvermittlung für die Handwerksgesellen, die allerdings später, mit dem Verfall der Hütte, außer Aktion kam. In jener Zeit spielte sich der gesamte gesetzliche Verkehr der Handwerksgesellen auf der Herberge ab, und diese blieb auch später, als sich die Hütte aufgelöst hatten, der Treffpunkt der Berufsgenossen und sie behielt so ihre Eigenschaft als Arbeitsbörse.

Als dann Gewerkschaften gegründet wurden, war ihnen die Herberge der gegebene Standpunkt. Wo noch die Innungslade mit alten Urkunden, Innungsemblemen und verglichen auf der Herberge aufbewahrt wurden, betrachteten sich die Gewerkschaften als die uralten Erben dieser Zeugen verschlossener Innungsherrlichkeit, und in sehr vielen Fällen nahmen sie auch den Arbeitsnachweis in die Hand, der bisher mehr oder weniger formlos auf der Herberge geführt worden war. Bald erkannte man, daß der Arbeitsnachweis ein vorzügliches Mittel war, Einfluß auf die Gestaltung des Arbeitsverhältnisses auszuüben, und die Errichtung und die Unterhaltung von Arbeitsnachweisen nahm in dem Programm der Gewerkschaften eine wichtige Stelle ein. Auf der anderen Seite hielten aber auch die Unternehmer die Bedeutung des Arbeitsnachweises als Kampfmittel erkannt. Sie errichteten ihrerseits Arbeitsnachwestellen, und zwischen den Arbeitsnachweisen der Arbeiter und denen der Unternehmer entwickele sich ein Konkurrenzkampf, der zwar meist im stillen geführt wurde, aber auch oft genug offen ausloderte.

In den achtziger und neunzig Jahren der neunziger Jahre hinein war in der organisierten Arbeiterschaft die Argumentation gang und gäbe! Die Arbeitskraft ist die einzige Ware, die der Arbeiter zu verkaufen hat; er allein hat daher über sie zu bestimmen, und deshalb gehört der Arbeitsnachweis ausschließlich in die Hände der Arbeiter. Auf diesen Standpunkt stellte sich auch noch der Berliner Gewerkschaftskongress im Jahre 1898, welcher die kommunalen Arbeitsnachweise, die damals in der Entstehung begriffen waren, strikt ablehnte. Drei Jahre später wurde jedoch diese Stellungnahme auf dem Gewerkschaftskongress zu Frankfurt a. M. wesentlich modifiziert. Und auf dem jüngst abgehaltenen Gewerkschaftskongress zu Dresden wurde der Gedanke der Bedeutung des Arbeitsnachweises als gewerkschaftliches Kampfmittel völlig fallen gelassen. Der Kongress fordert die Errichtung öffentlicher, gemeinnütziger und gebührenfreier Arbeitsnachweise unter paritätischer Leitung und empfiehlt den Gewerkschaften, ihre Arbeitsnachweise als "Arbeitsnachweise" der öffentlichen Arbeitsvermittlung anzuschließen.

Die Stellung der Gewerkschaften zu den Arbeitsnachweisen hat sich also gründlich geändert. Das kam nicht von ungefähr. Es waren nicht nur die harten Kämpfe um den Arbeitsnachweis, die unsere Ausschauungen beeinflußten, die organisierte Arbeiterschaft kann auch als Mühmeister für sich in Anspruch nehmen, daß sie stets bereit ist zu lernen. Ihre Stärke liegt nicht darin, daß sie einen einmal eingenommenen Standpunkt unter allen Umständen starr und unerbittlich verhält. Wir suchen uns vielmehr den jeweils gegebenen Verhältnissen anzupassen und generieren uns nicht, eine Ansicht preiszugeben, wenn sie sich als unrichtig erweist. Damit ist übrigens keineswegs gesagt, daß die Stellung, welche die Gewerkschaften früher dem Arbeitsnachweis gegenüber eingenommen haben, falsch war. Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben sich in den letzten Jahrzehnten ganz wesentlich geändert. Die Gewerkschaften sind aus unscheinbaren Anfängen zu Riesenorganisationen

herangewachsen; auf der anderen Seite sind streitbare Organisationen der Unternehmer ins Leben gerufen worden, die ebenfalls einen wichtigen Machtfaktor repräsentieren. Das alles sind Umstände, die es wohl erklärlich erscheinen lassen, daß wie in manchen anderen Dingen, so auch in unserer Stellung gegenüber den Arbeitsnachweisen eine grundständige Änderung eingetreten ist.

Wenn wir früher das Recht auf die alleinige Verwaltung des Arbeitsnachweises auch mit großer Energie vertreten haben, so war damit noch lange nicht gesagt, daß der Arbeitsnachweis in Händen der Gewerkschaft praktisch den Einfluß ausübte, den man sich in der Theorie von ihm versprach. Speziell in der Holzindustrie gab es wohl in einigen Städten gut funktionierende Verbandsarbeitsnachweise, meist aber führten diese nur eine Scheinexistenz, so daß es den Kollegen keine große Überwindung kostete, auf ihren eigenen Arbeitsnachweis zugunsten der öffentlichen Arbeitsvermittlung zu verzichten, wie das z. B. in Stuttgart der Fall war, als dort am 1. April 1895 das Städtische Arbeitsamt als erste Einrichtung dieser Art in Deutschland ins Leben trat.

Die gewerkschaftlichen Arbeitsnachweise verloren auch vielfach an Bedeutung, als die Unternehmer mit der Errichtung eigener Arbeitsnachweise begannen. Waren die Arbeitsnachweise der Gewerkschaften eigentlich nur in der Theorie Kämpfmittel gewesen, so kam diese Bezeichnung den von den Schafsfacherorganisationen errichteten Arbeitsvermittlungsstellen mit Zug und Nachschlag zu. Der Nachweis offener Arbeitsstellen ist diesen sogenannten Arbeitsnachweisen Nebensache, die Kontrolle der Arbeiter ist ihnen das wichtigste. Ihr Zweck ist es, möglichst gewordene Arbeiter brocken zu machen, die "Heher", die Vertrauensmänner der Gewerkschaft sollen auf diese Weise von den Betrieben ferngehalten werden. Die größte Bedeutung haben diese "Wahregelungsbüros" wie sie mit Recht genannt werden, in der Metallindustrie erlangt. Auch einige gewisse Arbeitgeberverbände für bestimmte Industriegebiete haben sich durch den Ausbau ihrer Wahregelungsbüros einen Namen gemacht. Das gilt insbesondere von Saarburg, von wo die Bewegung für die Errichtung solcher einseitiger Arbeitsnachweise der Unternehmer ihren Ausgang genommen hat. Das Massenment, mit welchem die Wahregelungsbüros ihre Ausgabe zu erfüllen suchen, hat man um besten Wege zu bewundern gehabt, als vor zwei Jahren die Initiatoren des Industriearbeitsnachweises in Mainz im Kuthaus enthüllt wurden.

In der Holzindustrie hat es der Arbeitsnachweis in den Händen der Unternehmer zu keiner Bedeutung gebracht. Das lag aber nicht etwa an der Einsicht des Arbeitgeberverbundes, sondern an der Energie, mit welcher unsere Kollegen schon den ersten Versuchen dieser Art entgegneten. In seinen ersten Lebensjahren war tatsächlich der Arbeitgeberverbund für das deutsche Holzgewerbe von dem Christus erfüllt, es den energieresten Schafsfächern zum mindesten gleichzutun, und nur die üblichen Erfahrungen, die er auf diesem Wege sammelte, haben seinen Eifer abgeschwächt. Man ist im Laufe der Jahre beim Arbeitgeberverbund zu der Erkenntnis gekommen, daß die Holzindustrie kein rechter Boden für die Arbeiterschaftsmutter ist. Der Deutsche Holzarbeiterverband ist eben so leicht nicht mürbe zu bekommen, und die Unternehmer sparen sich nicht nur viel Verger und Verdruss, sondern auch eine Menge Geld, wenn sie solche Unzulänglichkeiten lassen und sich über wichtige Fragen in Frieden mit dem Holzarbeiterverband zu verständigen suchen.

Für einen Versuch mit der Errichtung eines Arbeitsnachweises mit Wahregelungszwecken schien den Unternehmern Berlin der günstigste Boden. Hier bestand schon seit längerer Zeit ein Arbeitsnachweis des Holzarbeiterverbandes, der verhältnismäßig gut funktionierte, als die Arbeitgeber im Jahre 1902 den Innungsnachweis einrichteten. Dieser Nachweis sollte ein richtiges Wahregelungsbureau werden, deshalb war die Benutzung obligatorisch gedacht, es sollten aber nur Arbeiter vermittelt werden, die einen ordnungsmäßigen Entlassungsschein besaßen. Von dem Angebot des Verbandes, gemeinsam einen paritätischen Arbeitsnachweis zu errichten, wollten die Unternehmer nichts wissen, deshalb wurde der Innungsnachweis gesperrt und stand mit Streitposten besetzt. Mit zäher Hartnäckigkeit führten die Berliner Kollegen den Kampf um den Arbeitsnachweis, der sich drei Jahre lang hinzog. Erst mit dem Friedensschluß, durch welchen die Aussperrung vom Jahre 1901/02 beendet wurde,

wurde auch der Kampf um den Arbeitsnachweis beigelegt. Der paritätische Arbeitsnachweis wurde eingerichtet, der auch heute noch besteht und steigende Frequenz aufweist.

Der Streit um Ketteler.

n. Im klerikalen Lager herrscht seit Monaten Bestimmung. Man feiert in Versammlungen, in Broschüren und Zeitungsartikeln das Andenken Wilhelm Emmanuel Freiherrn von Ketteler, Bischof von Mainz, der am 25. Dezember 1811 als Sohn eines westfälischen Junkergeschlechtes geboren wurde. Der klerikale Geburtstag Ketteler's kommt dem Zentrum gelegen. Es hat soeben bei der Reichsversicherungsordnung ein geplantes volles Maß von Sünden begangen; es hat werblose Rechte der Arbeiterschaft preisgegeben und mitgewirkt, daß wichtige und dringliche Forderungen der Arbeiter unerfüllt blieben. Da sucht es Erfolg bei Bischof Ketteler indem es dessen sozialpolitisches Wirken ins Umgemeinschaften aufbauschi, ihn als "Vahnbrecher auf dem Gebiete der sozialen Frage" ausschafft und von seinem Glanze dann das Zentrum, das diesen Mann als sozialpolitischen Führer hatte, magisch beleuchten läßt. Das zieht bei der katholischen Klasse mit ihrer Ehrfurcht vor allem, was geistliches Gewand trägt, die außerdem nicht in der Lage ist, nachzuprüfen, ob und wieviel dasjenige, was es in diesen Tagen über Ketteler zu hören bekommt, der Wahrheit entspricht. Die Kettelerfeier kommt auch dem Zentrum gelegen im Hinblick auf den Katholikentag, der an der Wirkungsstätte Ketteler's in Mainz stattfindet. Man weiß, daß es gewaltig frucht im klerikalen Lager. Die Modernisierung in der Kirche, die politische Auseinandersetzung in der Partei, die Zwietracht in der katholischen Arbeiterbewegung — alles das hat erhöhte und erregte Gemüter, hat Misstrauen und Feindseligkeit geschaffen, eine üble Stimmung für einen Katholikentag zu dessen Feierleidern es gehört, die "Einigkeit des Katholischen Rosse" zu befürden. Im Namen Ketteler's sollen die widerstreitenden Elemente gebändigt und geeinigt werden, und deshalb ist klugerweise der Katholikentag unter den Schutz und Schirm des ehemaligen Mainzer Bischofs gestellt worden; er wird sich zu einer großen Kettelerfeier gestalten, und dem Weißkrauschen, das sich bei Nennung des Namens Ketteler erhebt, sollen alle Zwietrachtsgelüste, alle Anwandlungen des Misstrauens und Zweifels an der Erhabenheit und Einigkeit der katholischen Sache erstickt werden.

Um so interessanter ist es, daß auch bei dieser Gelegenheit die beiden Richtungen der klerikalen Arbeiterbewegung aneinandergeraten. Die katholischen Fachabteilungen wie die M. Gladbach'sche Vertretung der interkonfessionellen Gewerkschaften nehmen beide Bischof Ketteler als den ihrigen in Anspruch. "Ein Missbrauch mit Ketteler's Autokrat" — so überschreibt der Berliner "Arbeiter", das Fachabteilungsblatt, einen Artikel, worin es sich wendet gegen ein Zentrumsblatt im Saarrevier, das Bischof Ketteler als Verteidiger des interkonfessionellen Gewerkschaftsgedankens anpreist. "Der große Bischof und Arbeiterfreund" — so schreibt das Zentrumsblatt — vertrat damals schon Ideen, die erst später verwirklicht wurden. So werden zum Beispiel die christlichen Gewerkschaften erstaunt sein, Bischof Ketteler als den Vorkämpfer der nur nach der Arbeit, nicht nach dem Religionsspektrum getrennten christlichen Gewerkschaften zu finden." Das nennt das Fachabteilungsorgan ein "völlig ungutreffendes Urteil", und es beruft sich demgegenüber auf die Rede, die der Mainzer Domkapitular Professor Dr. Bendig jüngst auf dem Verbundstag der katholischen Arbeitervereine Berliner Richtung gehalten hat und worin es heißt:

"Was würde Bischof Ketteler heute tun, wenn er noch lebte? Ohne mir prophetische Weisheit anzumachen, kann ich sagen und fürchte nicht, von ihm der Vermessenheit und Verlogenheit geziert zu werden, er würde die enge Verbindung der Religion mit den sozialen Dingen vertreten und den Gedanken der rein wirtschaftlichen, von Religion und Kirche losgelösten Seite der sozialen Bemühungen nicht verstehen... Eine Abneigung (Nachgiebigkeit) gegenüber sozialistisch-kommunistischen oder interkonfessionalistischen Tendenzen kannte Ketteler nicht. Das man, um an einer gemeinsamen Vertretung rein wirtschaftlicher Interessen zu gelangen, einen interkonfessionellen Boden finden müsse auf Grund dessen, was mir mit den Nichtkatholiken noch gemeinsam ist, das ist ein Gedanke, der Ketteler fremd und unverständlich ge-

wesen wäre, und dem er auch, wenn er ihm gegenübergetreten wäre, in seiner Art Widerstand geleistet hätte.

Wer hat recht von beiden? Ketteler hat vielerlei über die Arbeiterfrage geschrieben und geredet, und seine Schriften und Reden verteilen sich über einen langen Zeitraum: von 1848 bis 1877. In dieser Zeit hat die Arbeiterbewegung manche Wandlungen durchgemacht und infolgedessen hat sich auch Kettelers Stellung dazu vielfach gewandelt. Dazu kommt, daß Ketteler, der nie tief in das Wesen der Arbeiterfrage eingedrungen ist, sich vielfach sehr unklar ausdrückt, und da er auch nie Theologie im wissenschaftlichen Sinne war, so nimmt die Unklarheit zu, wenn er über den Zusammenhang zwischen Arbeiterfrage und Religion redet. Infolgedessen ist bezüglich der genannten Streitfrage aus seinen Schriften alles mögliche herauszuleSEN — zumal bekanntmachen nichts so sehr der Deutung unterliegt, als Gedanken und Ausführungen, die mit religiösen Begriffen durchsetzt sind. Die Frage des Zusammengehangs der Konfessionen in wirtschaftlichen Dingen hatte für Kettelers Zeit keine Bedeutung, und deshalb hat er zu ihr keine Stellung genommen. Wohl aber hat Ketteler sich ausgelassen über das Zusammengehen katholischer und sozialistischer Arbeiter. Und bezüglich dieser Frage war Ketteler von großer Weitsicht. Er verurteilte zwar den Sozialismus in seinen Grundsätzen und Zielen, brachte aber den Führern der damaligen Arbeiterpartei, namentlich ihrem Gründer Lassalle, sowie ihren praktischen Forderungen viel Anerkennung entgegen. Man kann ohne Übertreibung sagen, daß vier Fünftel von Kettelers sozialpolitischen Gedanken und Forderungen der damaligen Sozialdemokratie entlehnt waren. Er hatte auch nichts gegen den Beitritt katholischer Arbeiter in die Lassallesche Organisation, den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und die damals bestehenden Gewerkschaften. In einer vor Offenbacher Arbeitern 1869 gehaltenen Rede erklärt er seinen Zuhörern, daß sie sich „auch als Katholiken den Bestrebungen und Bewegungen im Arbeiterstande ohne Verlebung ihrer Religion in großem Umfang anschließen dürfen.“ wobei er hinzufügt, „daß alle diese Bestrebungen eitel und vergeblich sind, wenn nicht Religion und Sittlichkeit ihre Grundlage bilden“. Gegen Ende seines Lebens (1877) nahm er allerdings einen anderen Standpunkt ein und hat die katholischen Arbeiter vor dem Anschluß an sozialistische Organisationen gewarnt. Wie er zu der Frage der Interkonfessionalität, des Zusammengehangs von katholischen und evangelischen Arbeitern in wirtschaftlichen Dingen stand, ist aus seinen Schriften nicht zu erkennen. Wie er heute dazu stehen würde, das läßt sich ebensowenig aus seinen Schriften beweisen. Aber man darf wohl fragen: Weshalb sollte Bischof Ketteler zu dieser Frage eine andere Stellung einnehmen, als die Einfachheit seiner Kollegen, die 1900 sich durch das Fuldaer Pastoralen gegen die interkonfessionellen Gewerkschaften ausgesprochen haben? Einige von ihnen haben dem Zentrum zuliebe, nicht aus innerer Überzeugung, den christlichen Gewerkschaften wieder einige gute Worte gesagt. Über was sollte Bischof Ketteler, wenn er heute noch auf dem Mainzer Bischofssessel sitze, veranlassen, den christlichen Gewerkschaften geneigter zu sein, als es die hohe Merse in Mainz gegenwärtig ist? Ketteler

war nicht der Mann der Kompromisse, und die katholischen Fachherrn haben unseres Erachtens die Wahrscheinlichkeit auf ihrer Seite, daß Bischof Ketteler sich in ihrem Lager befinden würde.

Die Reichsversicherungsordnung.

4. Die Versplitterung der Krankenkassen. wk. Sollte die Arbeiterversicherung eine grundlegende Besserung erfahren, so mußte auf dem wichtigen Gebiet der Krankenversicherung jede Versplitterung unmöglich gemacht und gezeigt werden, daß nur große leistungsfähige Organisationen zulässig sind. Das wesentliche Prinzip jeder Versicherung ist doch die Übertragung einer gewissen Gefahr auf eine möglichst große Zahl von Teilnehmern, um diese Gefahr im einzelnen Fall ihres Eintretens möglichst abzuschwächen, d. h. zu verteilen. Das Mitleid ist um so leichter zu tragen und die Leistungsfähigkeit eines Versicherungsinstituts muß bei geordneter Verwaltung um so größer sein, je größer der Preis der Versicherten ist. Unter nimmt nun ein Staatswesen von der Größe des Deutschen Reichs die gesetzliche Regelung eines Versicherungswege, so liegt es in einer Hand, große, einheitliche und leistungsfähige Versicherungsorganisationen zu schaffen. Hier war dem Reichstag eine wichtige Aufgabe gestellt; allein er hat schmälerlich versagt, und es kann gleich vortrefflich hergehoben werden, daß bei all den vielen Einzelbestimmungen, zu denen die Sozialdemokraten Verbesserungsanträge stellten, die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme eine ablehnende, d. h. arbeiterfeindliche Stellung einnahmen. Natürlich machten auch hier wieder die „christlichen“ Arbeiterschwestern, die Bünden des Reichstags, den nationalliberalen Großindustriellen und den konservativen Junkern in der Niederrampelung der Arbeitersforderungen voran.

Von der unsinnigen Versplitterung, wie sie heute im Krankenkassenwesen herrscht, gibt die Tatsache eine Vorstellung, daß für die circa 18 Millionen versicherte Arbeiter rund 24 000 Krankenkassen bestehen. Die große Mehrzahl dieser Kassen sind Zwangskassen mit ungenügender Leistungsfähigkeit. Gemeinde-, Orts-, Betriebs-, Innungs-, Bau- und Knappenschaftskrankenkassen teilen sich bisher mit den freien Hilfskassen in die versicherungspflichtigen Mitglieder. Künftig wird es noch geben: Orts-, Land-, Betriebs- und Innungskassen, und daneben bleiben bestehen die nach landestümlichen Vorschriften errichteten knappenschaftlichen Krankenkassen, deren Mitglieder den ersten genannten Kassen nicht angehören. Aufgehoben werden die Gemeinde- und Baukassen, während die bisherigen freien Hilfskassen, die meistens mehr als die gesetzlichen Pflichtleistungen gewährten, nur noch als Ersatzkassen zugelassen sind und als solche infolge der für sie geschaffenen besonderen Bestimmungen langsam aber sicher ihrem Ende zugeführt werden.

Der Entwurf der Reichsregierung wollte wenigstens die kleinsten Betriebskrankenkassen beseitigen. Neue sollten nur dann gegründet werden dürfen, wenn sie wenigstens 500 Mitglieder haben, und bestehende sollten aufgelöst werden, wenn sie auf weniger als 250 Mitglieder herabgesunken sind. Von den 7981 Betriebskrankenkassen, die zu Anfang des Jahres 1900 nach der — übrigens völlig ungünstigen — Krankenkassenstatistik des Deutschen Reiches

bestanden, hatten 2843 weniger als 100 Mitglieder und 2602 von 101 bis 250 Mitglieder. Nach dem Regierungsentwurf wäre also über 5445 überflüssige Betriebskrankenkassen das verdiente Todesurteil gesprochen worden. Es wären aber immer noch 2486 Betriebskrankenkassen mit 2 468 285 Mitgliedern übrig geblieben.

Was vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus über die Betriebskrankenkassen zu sagen ist, wurde auf dem christlichen Gewerkschaftscongres vom Jahr 1900 von mehreren Rednern des näheren dargelegt. Einer derselben, Gilting aus Bremen, sagte u. a.:

Die Ortskrankenkassen beklagen sich über die ihnen durch die Betriebskrankenkassen gemachte Konkurrenz, indem in die betreffenden Betriebe, und damit auch in die Kassen, nur völlig gesunde Leute aufgenommen werden. Die Begründung zur Reichsversicherungsordnung erwähnt diese Klagen auch, sucht sie aber mit einer Handbewegung abzutun, wiewohl alle fachmännischen Kreise die auf dem bezeichneten Wege herbeigeführte Entlastung der Betriebskrankenkassen ungünstig der Ortskrankenkassen zugehen. Im übrigen ist es jedem auf diesem Gebiete Tötlichen bekannt, daß es gerade in Betrieben, in denen Betriebskrankenkassen bestehen, nur aus Rücksicht auf die Kassen und ihre Leistungsfähigkeit zahlreichen Arbeitern — meist über 40 Jahre alten — unmöglich gemacht wird, überhaupt noch Beschäftigung zu erhalten. Das ist nicht nur bedauerlich im Hinblick auf die Mehrbelastung der Ortskrankenkassen, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Gründen. Nur straffe Centralisation kann da abhelfen.

Die Betriebe mit eigenen Betriebskrankenkassen halten sich also alle die Arbeiter planmäßig vom Halse, bei denen eine den Durchschnitt übersteigende Erkrankungsgefahr vermutet wird. Vielfach erfolgt hier die Einstellung der Arbeiter nur auf Grund eines ärztlichen Gesundheitsattestes. Damit wird das Prinzip der Versicherung auf den Kopf gestellt. Gerade die Arbeiterkreise, die der Versicherung am notwendigsten bedürfen, sucht man von ihr auszuschließen. So verwandelt sich der Segen der Versicherung in den Fluch der Arbeitslosigkeit. Ebenso wie bei den Betriebskrankenkassen wird verfahren bei den Innungskrankenkassen. Hier verfolgte der Regierungsentwurf mit der Beibehaltung der kleinen Kassen zugleich einen politischen Zweck: In der Begründung heißt es: „Tatsächlich bilden die Innungskassen ein wichtiges Mittel, um das von den Verbündeten Regierungen und der großen Mehrheit des Reichstages in gleichem Maße gespürte Innungslieben zu heben und zu pflegen.“ Unter Schädigung einer leistungsfähigen Krankenversicherung soll das Innungslieben gepflegt werden! Die Regierung scheint hier völlig vergessen zu haben, daß die Krankenversicherung für kranke Arbeiter da ist und nicht zur Pflege mittelalterlicher Organisationen der Unternehmer. Man zetzt über den angeblichen Missbrauch der Arbeiterversicherung zu parteipolitischen Zwecken und missbraucht in demselben Moment die Krankenversicherung zu gunsten der Künftler!

Aber die Reichstagssitzigkeit übertraf die Regierung noch bei weitem in dem Betreiben, die kleinen Kassen zum Nachteil der Arbeiter zu erhalten. Für die Innungskassen wurde eine Mindestmitgliederzahl, von der ihr Bestand abhängig ist, überhaupt nicht vorgeschrieben, obgleich von den bestehenden 784 Innungskassen 300 weniger als 100 und 260 weniger als 250 Mitglieder hatten. Es gibt sogar

Bohkott.

w. In England lebte Ende der 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts ein Mann, der sehr zu seinem eigenen Verdruß zu einer weltbekannten Berühmtheit gelangte. Kapitän James Bohcott war als Verwalter eines großen Grundbesitzes der abschließende Typ eines brutalen Beuteschänders und erregte in dieser Eigenschaft solchermaßen öffentliches Vergernis, daß 1880 die Organisation der Landarbeiter, die Landliga beschloß, die öffentliche Achtung über ihn zu verhängen. Die Wirkung war für den Geschleierten vernichtend. Die Arbeiter ließen ihm fort und ließen die Ernte auf dem Acker verfaulen. Die Dienstboten verließen sein Haus und kein Bäcker, Fleischer oder Krämer wagte darüberhin auch nur noch ein Stück an ihm zu verkaufen. Die Gastwirte verschlossen dem Kerl seinen Türe und sogar die Eisenbahngesellschaft weigerte sich, sein Mastvieh zu befördern. So mußte er schließlich mit Schimpf und Schande die Gegend verlassen.

Seit dieser Zeit haben wir die Bezeichnung Bohkott für ein Verfahren, das schon eine ehrwürdige historische Vergangenheit hat. Borrusserklärungen, mit denen außerhalb des öffentlichen Rechts gegen Missstände ein exemplarisches Strafverfahren eingeleitet wurde, kennt die Geschichte in reichhaltiger Fülle. Schon der Apostel Paulus schrieb in einem Brief an die Thessalonier: „So aber jemand nicht gehorcht in seinem Vor, den zeichnet an durch einen Brief und ladt nichts mit ihm zu schaffen, auf daß er schamlos werde.“ Aus dem Mittelalter bekannt sind die von weltlichen Richtern verhängte Reichsacht der Ländere- und Stadtgerichten sowie die Bannsüde der Kirchenräte. Scharfrichter, Komodianten und anderes fahrendes Volk standen in gesellschaftlicher Achtung, ebenso die Juden, die übrigens noch heute in Rußland geistlich eine Paritätstellung einzunehmen und auch im geographisch und kulturell benachbarten Preußen-Deutschland von vielen öffentlichen Amtmännern prinzipiell ausgeschlossen sind.

Borrusserklärungen sind nicht nur gegen einzelne Personen und Bevölkerungsschichten, sondern auch gegen ganze Völker ausgesprochen. Als 1764 das englische Parlament für die amerikanischen Kolonien die Erhebung einer Steuer befohlen, antworteten die Kolonieeinwohner damit, daß sie alle englischen Waren ablehnen. Der großzügigste Art wirtschaftlichen Völkervertrags war die Kontinentalsperre Napoleons I. gegen England, mit der er hoffte, seinen gefährlichsten Gegner lahmzulegen. Auch heute noch

hat der von den Regierungen mit Eifer geschürte Völkerhass und Völkerkrieg in gegenseitiger, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Achtung eine fast natürliche Folge.

Borrusserklärungen haben auch in der Arbeiterbewegung eine alte Tradition. In der Gunstzeit nahm das „Schwellen“ und „Aufstreben“ fast die gleiche Rolle ein, wie im heutigen Bohnkampf der Streit. Nicht nur einzelne Meister wurden für „unredlich“ erklärt, sondern ganze Orte und das konnte oft die weittragendsten Folgen haben. Das bekannteste Beispiel ist Nürnberg, wo um die Mitte des sechzehnten Jahrhunderts die Handwerksgesellen, weil ihnen ihre Rechte beschnitten werden sollten, alle Gewerbe der Stadt für „unredlich“ erklärt. Durch Plakate wurden alle Nachbarorte davon in Kenntnis gesetzt und nun zogen die Wandernden im weiten Bogen um Nürnberg herum. Die einheimischen Gesellen verließen fluchtartig die Stadt, weil sie sonst befürchten mußten, ebenfalls „unredlich“ zu werden. Als „Streitbrecher“ fand sich ein Gesindel ein, das durch wüste Raubzüge die Stadt in Aufzehr brachte und zu einer lästigen Plage wurde. Der Streit dauerte mehrere Jahre und brachte manche Gewerbe an den Rand des Ruins. Schließlich schlechten die Meister den Rat der Stadt an, den Gesellen die geforderten Rechte zu gewähren, wozu sich dann dieser wohl oder übel bequemen mußte. Die Borrusserklärung wurde nicht nur gegen Meister, sondern auch gegen solche Mitgesellen angewendet, die sich der Disziplin der Gesellschaft nicht einordnen wollten. Die Behörden haben immer wieder versucht, durch schwere Strafandrohung diese „Missbräuche“ der Gesellen zu unterdrücken, aber das gelang ihnen erst, nachdem mit der Aenderung der wirtschaftlichen Verhältnisse auch die soziale Position der Handwerksgesellen eine andere wurde und die Lohnkämpfe ohnehin andere Mittel erforderten.

In den Kämpfen der modernen Arbeiterklasse hat der Bohkott wesentlich an Bedeutung verloren, aber er findet auch hier noch gelegentlich Anwendung. Eine Art indirekten Bohkott stellt das von der amerikanischen Arbeiterschaft zuerst angewandte „Label“, bei uns als „Konkurrenzmark“ bekannte Abzeichen vor, mit dem solche Waren versehen wurden, die nach den Bedingungen der Gewerkschaften hergestellt waren und die allein zu kaufen, die Arbeiter aufgefordert wurden. Dieses Verfahren, die Unternehmern zur Bewilligung der gewerkschaftlichen Forderungen zu veranlassen, hat aber bei uns wenig Erfolg gehabt und ist ganz wieder eingeschlagen. Dagegen ist der vorübergehende

Bohkott ein sehr gewichtiges Mittel bei den Lohnkämpfen in solchen Gewerben, die auf die Arbeiterkundshaft angewiesen sind, wie die der Bäder, Schlächter, Bierbrauer, Friseure, auch ein Teil der Bekleidungsindustrie, ferner der Straßenbahnen usw. Zu diesen Berufen, in denen die Arbeitsbedingungen meist sehr schlecht und die Organisationen schwach sind, ist der Bohkott oft das einzige Kampfmittel, das mit Erfolg eingesetzt werden kann. Anderen Zwecken dient der Schnapsbohkott, der so wirksam ist, daß die jungen Schuharbeiter der entschwindenden Brautkleiderei keine blutige Tränen nachzuweinen. Mit Hilfe des Bohkotts war es auch in vielen Orten erst möglich, für die politische und gewerkschaftliche Arbeiterbewegung Versammlungsorte zu bekommen.

Wenn über solche von der Arbeiterschaft in Rothchrudurchgeföhrt Bohkott in bürgerlichen Kreisen oft eine gewaltige Entrüstung losgelassen wird, so ist das eitel Heuchelei. Denn gerade dort ist der Beruf nicht aus Notrohr, sondern zur Unterdrückung anderer an der Tagessordnung. Die hochmütige Rastenbündner ist nichts anderes als ein Beruf gegen die minderprivilegierten Schichten. Der Student im sündigen Corps achtet den Angehörigen der nichtschlagenden Verbündung, und auf den Schulbänken schaut meist der Gymnasialist die Verurtheilung mit dem Volksschüler. Wer als Geschäftsmann eine auch nur gemäßigt freisinnige Gesinnung befindet, kann in den Geilden Ostelsbiens mit Sicherheit seinem wirtschaftlichen Ruin entgegensehen. Gastwirte werden zugrunde gerichtet, wenn sie ihr Lokal zu sozialdemokratischen Versammlungen hergeben. Die Mittelstandsvereinigungen propagieren laut den Bohkott gegen die Warenhäuser, und die Behörden verbieten ihren Angestellten, Konsumvereine anzugehören. Die Fabrikanten und Grubenbarone vereinigen sich in Kartellen und suchen jeden Aufhänger zu vernichten. Die Unternehmerverbände drohen mit der Materialsperrre jedem, der in einem Lohnkampf die Forderungen der Arbeiter befürworten will.

In einer von Klassengegensätzen, Klassenporreteien und vom Klassenkampf durchsetzten Gesellschaft ist der wirtschaftliche Bohkott und der gesellschaftliche Beruf eine unablässliche Erinnerung. Erst wenn die Klassenscheidung aufgehoben ist, die wirtschaftlichen Interessenkomplexe sich aufgelöst haben, in ein gemeinsames Interesse aller Gesellschaftsmitglieder umgedreht, kann der Beruf, erst in der sozialistischen Gesellschaft der Zukunft wird der Bohkott verschwinden.

Warnung vor Zugang!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hincendig begründet und von der Zentralstelle bewilligt durch Unterschrift und Stempel bestätigt sein.

Zugang ist fernzuhalten von:

Drehern, Maschinen und Hilfsarbeiten nach Adorf i. Vogtl. (Wöbbelfabrik Bleher u. Dörfler), Annen in Westfalen (Heichwald), Aue i. Erzgeb., Blaubeuren (Schmid), Bonn (Pianofabrik Hühning), Bremerbörde, Cham in der Oberpfalz (Schoherer), Danzig (Bilinski), Schichtauswerft, Tiepholz, Dicke am Ammersee (Kruh und Kötter), Düsseldorf (Mühlengeschäft Pfleider am Rheinbogen), Elberfeld-Witten (Webstuhlschreiner), Fiddichow (Haberland), Forst in der Lausitz, Gollnow in Pommern, Hamburg, Kaiserstraße (Glaserwerkstätten Antes, Burksi, Müller, Weil), Leubsdorf in Sachsen, Markranstädt, Mühlster in Westf. (Flade, Averdick), Neuenburg im Oldenburg (Müller), Neustadt in Mecklenburg, Oberhausen (Holzwarenfabrik Rudolf Richter), Warchtm, Westwall, Mabenau, Schwale in Pommern (Max Heinig), Sebnitz, Stuttgart (Leins u. Co.), Warmbrunn (Schaffgotscher Betrieb), Wolkenbüttel, Worms, Zobert (Kühn), Wozern in Tirol, Herzöge bei Linz a. Donau, Luzern in der Schweiz, Paris, Graz.
Bürenmätern nach Neustadt a. d. Haardt (Fischer).
Kammätern nach Wunsbach (Dochler u. Sohn).
Modellmätern nach Altenburg (G. v.), Apolda, Eisenach (Fahrzeugfabrik), Erfurt, Gelsenkirchen (Schaller Gruben- und Hüttenverein), Bützsch in der Schweiz (Schneller), Brüssel (Fr. Pantole).
Parlottierern nach Berlin, Dresden (Heine), Hamburg-Ultona, Leipzig (Firma W. Schulze, Inhaber O. Elbinger).
Polierern nach Ulm.
Korbmätern nach Bergköhle (Barre), Goschede (Steirach), Ober am Harz, Rödnitz (Stralauer Glashütte), Schiffdorf (Müller), Schildstadt (Chlors, Allermann).
Stockarbeiten nach Wald i. Thür. (Karl Breithaupt).
Zerbiss.

Drehern und Polierern nach Meinhold in Holstein, Stuhlbauern, Drehern, Polierern und Maschinenarbeiten nach Aue i. Erzgeb., Mabenau, Groß- und Kleinölsa, Neuhausen.
Kossermätern nach Berlin.
Sägern und Hilfsarbeiten nach Pirna (G. Hering).

zahlreiche Zinnungskassen mit weniger als 50 Mitgliedern! Betriebskrankenkassen dürfen errichtet werden für Betriebe, in denen für die Dauer mindestens 150 Versicherungspflichtige beschäftigt werden. Bei landwirtschaftlichen Betrieben genügen sogar schon 50 Versicherungspflichtige. Bereits bestehende Betriebskassen werden weiter zugelassen, wenn sie mindestens 100, Kassen für landwirtschaftliche Betriebe, wenn sie wenigstens 50 Mitglieder haben. Die Kassenprüfung wird auf die äußerste Spitze getrieben mit der Bestimmung, daß bei Betrieben, die ihrer Art nach alljährlich regelmäßig eingeschränkt oder zeitweise eingestellt werden (Saisonbetriebe), das Vorhandensein der genannten Mindestzahlen während zweier Monate im Jahre zur Errichtung von Sonderkassen schon genügt.

Neben den allgemeinen Ortskrankenkassen sind wie bisher „besondere Ortskassen“ für einzelne oder mehrere Gewerbezweige zugelassen, sofern dieselben schon vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes bestanden. Diese besonderen Kassen müssen aber mindestens 250 Mitglieder haben; ihr Fortbestehen darf den Bestand oder die Leistungsfähigkeit der allgemeinen Orts- und der Landkrankenkasse des Bezirks nicht gefährden; ihre sammungswürdigen Leistungen müssen denen der nachgebenden Ortskrankenkasse mindestens gleichwertig sein oder binnen sechs Monaten gemacht werden, und ihre Leistungsfähigkeit muß auf die Dauer gesichert sein. Diese Bedingungen gelten zugleich auch für die Betriebs- und Zinnungskassen.

Durch die gelegentlich sanierte Gesellschaffung des Kassenwesens ist der Aufbau der Krankenversicherung durch die freie Entstehung der Selbstverwaltung gewaltig erschwert. Die Krankenkassen könnten durch freiwillige Leistungen manches Wute schaffen auf dem Gebiete der Wohlfahrtskasse, der Nervenheilzentrenpflege, der Belästigungsschutzfahrt, der Familienversicherung usw. Sie könnten so Tausende von Menschen vor frühem Tod bewahren und dem Volksgenossen große Werte erhalten. Aber was können Zweigkassen mit hundert und weniger Mitgliedern auf diesem großen Gebiete leisten? Sie sind von vorherseiner zur Unfähigkeit verdonnt. Das verbannt die Arbeiterschaft den bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme. Alle auf die Zentralisation gerichteten Anträge der Sozialdemokraten wurden von den übrigen Parteien unbesiegt niedergestimmt. So unter anderem die Anträge auf Beseitigung der besonderen Ortskrankenkassen sowie der Betriebs- und Zinnungskassen, auf Überweisung der Hausgewerbetreibenden und der Dienstboten, die nicht in der Haushaltung der Landwirte beschäftigt sind, in die Ortskassen statt in die unzulänglichen Landkrankenkassen. Als die Aussicht der besseren Orts- sowie der

Betriebs- und Zinnungskassen beschlossen war, beantragten die Sozialdemokraten, daß die beteiligten Versicherten in jedem Fall in geheimer Abstimmung durch Mehrheitsbeschuß ihre Zustimmung zur Errichtung oder Errichtung solcher Kassen geben müssen. Alle bürgerlichen Parteien lehnten den Antrag ab.

Eine besondere, wenn auch nur kurze Würdigung verdienen die Landkrankenkassen, wenngleich dieselben für die große Mehrzahl unserer Kollegen nicht von praktischer Bedeutung sind. In diesen Kassen sollen in der Hauptsache versichert werden die in der Landwirtschaft beschäftigten Personen, die Dienstboten, die im Wandergewerbe Beschäftigten und die Handgewerbetreibenden. Es können aber auch alle anderen gegen Krankheit versicherten Personen in diese Kassen eingewiesen werden, wenn sie an einem Orte leben, wo nur eine Landkrankenkasse besteht, deren Existenz durch die Gründung einer Ortskrankenkasse gefährdet werden könnte. In diesem Fall hat die Gründung einer Ortskrankenkasse zu unterbleiben. Diese gärt auf die Existenzfähigkeit der Landkrankenkassen hört auf, wenn der Großgratier eine Betriebskasse gründet für gut findet. Der preußische Junker kann sogar das Versicherungsrecht des Landarbeiters völlig aufheben; er braucht nur zu erklären, daß er dem Arbeiter bei Erkrankung den Rechtsanspruch auf eine Unterstützung gewährt, die den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertig ist. Über diese Gleichwertigkeit entscheidet der Herr Landrat. Er wird schon die Gewährung von mangelhafter Nahrung als „ausreichend“ erklären. Von seinem Beschwerderecht Gebrauch zu machen, soll der Landarbeiter einmal wagen! In der Verwaltung der Landkrankenkassen hat der versicherte Arbeiter nichts zu sagen. Hier heißt's: Zahlen und Maul halten. Die Landarbeiter und Dienstboten sind in allen Punkten minderen Rechts und alle Verbesserungsanträge der Sozialdemokraten, ob sie auf eine demokratische Gestaltung der Verwaltung oder auf die Garantie ausreichender Krankenunterstützung hinausließen, würden von den Mehrheitsparteien abgelehnt; nur in einzelnen Fällen standen die Freisinnigen an der Seite der Sozialdemokraten, in allen Fällen aber standen die christlichen Arbeitersekretäre gemeinschaftlich mit dem „arbeiterfreundlichen“ Zentrum an der Seite der Junkerpartei.

Wirtschaftliche Rundschau:

Der günstige Stand des Arbeitsmarktes in der Holzindustrie, den der Monat Mai gebracht hatte, hat im Juni nicht angehalten; die Berichte der Arbeitsnachweise weisen eine Verschlechterung auf. Allerdings nur eine Verschlechterung im Vergleich zu den Zahlen vom Monat Mai, denn der Andrang im Juni ist immer noch geringer als in den ersten vier Monaten dieses Jahres. Auf je 100 offene Stellen kamen im Juni 138,8 Arbeitsuchende, gegen 127,3 im Mai. Dagegen betrug der Andrang im Januar 240,5, im Februar 200,7, im März 148,8 und im April 156,6. Der Stand des Arbeitsmarktes im Juni ist auch noch erheblich günstiger als in dem gleichen Monat der letzten drei Jahre. Am Juni 1908 kamen auf 100 offene 252,7 Arbeitslose, 1909 = 264,7, 1910 = 175,5 und 1911 wie bereits erwähnt 138,8.

Vergleicht man den Stand des Arbeitsmarktes in den ersten 6 Monaten der beiden letzten Jahre, dann ergibt sich folgendes Bild: Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

Jänner	Februar	März	April	Mai	Juni
1910: 310,9	234,9	167,8	160,8	179,8	175,5
1911: 240,8	200,7	148,8	156,6	127,3	138,8

Abschluß - 70,1 - 34,2 - 19,0 - 4,2 - 52,6 - 36,7

Es ist also in allen Monaten eine Besserung gegenüber dem Stand im gleichen Monat des Vorjahres zu konstatieren, und die Besserung im Juni ist immer noch ins Gewicht fallend, wenn sie auch nicht so stark ist, wie im Januar und im Mai. Das Steigen der Antragsziffer im Juni ist hauptsächlich auf die Verminderung der Nachfrage nach Arbeitskräften zurückzuführen, während sich das Angebot nur ganz unbedeutlich gesteigert hat.

Die eingetretene Verschlechterung trifft übrigens auch in der von unserem Verband aufgenommenen Arbeitslosenstatistik in Erscheinung. Am 30. Juni waren 2,02 Proz. der Verbandsmitglieder arbeitslos, gegen 1,91 im Mai dieses Jahres. Aber ebenso wie nach dieser Statistik der Juni, abgesehen vom Mai, der günstigste Monat dieses Jahres war, weist er auch günstigere Ziffern auf als der gleiche Monat in den drei vorhergegangenen Jahren, denn im Juni 1908 waren 4,18 Proz., 1909 = 3,10 Proz. und 1910 = 2,88 Proz. der Mitglieder arbeitslos.

Von den einzelnen Landesteilen weisen Pommern, Brandenburg mit Berlin, Königreich Sachsen, Hamburg, Schleswig-Holstein sowie Ost- und Westpreußen ungünstige Ziffern auf insoweit, als der Antragsziffer hier über den Reichsdurchschnitt hinausging. Niedriger als der Reichsdurchschnitt waren die Antragsziffern in Schlesien, Hannover, Westfalen, Böhmen, und am niedrigsten, mit 6,19 Arbeitsuchende auf 100 offene Stellen, in Württemberg.

Für die einzelnen Branchen war der Stand des Arbeitsmarktes im Juni, verglichen mit dem Monat Mai 1911 und dem Juni 1910, folgendermaßen: Auf je 100 offene Stellen kamen Arbeitsuchende:

	Mai	Juni	Juni
1911			1910
Tischler	128,01	181,27	169,66
Drehler usw.	188,79	230,92	220,64
Bürsten-, Kamm-, Vorbmacher	126,14	185,28	199,18

Gegenüber dem Monat Mai ist also bei allen Branchen eine Verschlechterung eingetreten; doch ist, abgesehen von den Drehern, der Stand des Arbeitsmarktes immer noch günstiger als im Juni 1910. Dieser darf jedoch nicht übersehen werden, daß dieser Zusammensetzung nur ein bescheiden Wert beizumessen ist, da die Arbeitsnachweise statistisch zu viele verschiedenartige Berufe zusammenfassen.

Der Verschlechterung im Stand des Arbeitsmarktes entspricht das Absinken der Unternehmungslust im Monat Juni. In Aktiengesellschaften und Gesellschaften mit beschränkter Haftung in der Holzindustrie wurden in diesem Monat 1.831.000 Mf. investiert, gegen 1.454.000 Mf. im Juni 1910 und 1.805.000 Mf. im Juni 1909. Im Juni 1908 betrug die Summe der Neuinvestitionen allerdings nur 455.000 Mf. Beträgt man jedoch das erste Halbjahr als Ganzes, dann findet man eine nicht unbedeutliche Steigerung der Unternehmungslust gegenüber dem ersten Halbjahr 1910. Vom Jahre 1907 ab, wo die Summe der Neuinvestitionen im ersten Halbjahr 14.483.500 Mf. betrug, war von Jahr zu Jahr ein Rückgang zu konstatieren, bis zum Jahre 1910, wo der Zustand mit 6.603.200 Mf. erreicht war. Im ersten Halbjahr 1911 hat sich die neuinvestierte Summe wieder auf 7.565.000 Mf. erhöht.

Diese Neuinvestitionen verteilen sich auf 77 Neugründungen mit einem Kapital von insgesamt 8.400.000 Mark, während 13 Gesellschaften ihr Kapital um insgesamt 1.165.500 Mf. erhöht haben. Unter den Neugründungen befindet sich nur eine Aktiengesellschaft mit einem Kapital von 200.000 Mf., die übrigen Neugründungen sind Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Von den Kapitalerhöhungen kommen 900.000 Mf. auf 8 Aktiengesellschaften und 255.500 Mf. auf 10 Gesellschaften mit beschränkter Haftung. Von den Neugründungen sind zu nennen: Hans Görlitz G. m. b. H. in Berlin, Leisten- und Bilderrahmenfabrik. Gesellschafter Fabrikbesitzer Hans Görlitz. Stamkkapital 180.000 Mf. — Niederrheinische Werkstätten für Handwerkskunst G. m. b. H. in Düsseldorf, Gesellschafter Kaufmann Robert Liebscher. Stamkkapital 80.000 Mf. — Deutsche Sperrholz-Möbel-Industrie G. m. b. H. in Wettensee. Gesellschafter Tischlermeister August Pfeil in Charlottenburg. Stamkkapital 20.000 Mf. — Eine Kapitalerhöhung hat die Schlesische Holzindustrie-Aktiengesellschaft vom Auschweich u. Schmidt in Gangelt vorgenommen, und zwar von 1.000.000 auf 1.250.000 Mf. Die neuen Aktien sind zum Kurs von 130 Prozent ausgegeben. Auch die Böhler Wöbbelfabrik G. m. b. H. in Böhler hat ihr Stamkkapital von 20.000 Mf. auf 25.000 Mf. erhöht.

Im Juni haben 5 Aktiengesellschaften der Holzindustrie ihre Neuergebnisse in der Weise veröffentlicht, daß ein Vergleich mit dem vorjährigen Ergebnis möglich ist. Diese 5 Gesellschaften vereinigen zusammen über ein Aktienkapital von 1.977.000 Mf. Während sie im Vorjahr zusammen 28.000 Mf. Dividendensumme ausschütteten und 1,4 Proz. Dividende verteilen konnten, steigerte sich die Rentabilität im letzten Jahre so, daß 46.000 Mf. Dividendensumme zur Verfügung standen und 2,3 Proz. Dividende verteilt werden konnte. In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben insgesamt 33 Aktiengesellschaften der Holzindustrie ihre Jahresberichte in der gleichen Weise veröffentlicht. Diese Aktiengesellschaften verfügen in beiden Vergleichsjahren über ein Aktienkapital von 54.417.000 Mf. Die Dividendensumme betrug 1909 = 5.190.000 Mf., sie stieg im Jahre 1910 auf 5.404.000 Mf. Entsprechend erhöhte sich auch die verteilte Dividende von durchschnittlich 9,5 Proz. auf 10,1 Proz.

Von einzelnen Gesellschaften, die ihre Geschäftsergebnisse veröffentlichten, sind zu nennen: Aktiengesellschaft für Rohwaren- und Kinderwagen-Industrie Hördelberg-Vergmann in Bielefeld. Die Gesellschaft hatte im Vorjahr einen Verlust von 38.885 Mf., im letzten Jahre konnte, trotzdem 34.683 Mf. gegen 27.756 Mf. im Vorjahr abgeschrieben wurde, ein Gewinn von 44.880 Mf. erzielt werden, woraus 2 Proz. Dividende verteilt wurde. — Die Badische Holzwerkefabrik A.-G. vom Otto Walther u. Co. in Oos in Baden wurde im Jahre 1909 ins Leben gerufen. Sie erzielte im ersten Geschäftsjahr bei 1611 Mf. Abschreibung einen Gewinn von 2933 Mf., der sich im Jahre 1910 bei 4450 Mf. Abschreibung auf 827 Mf. verringerte. Dividende wurde in beiden Jahren nicht verteilt. — Die Husumer Möbelfabrik A.-G. in Husum arbeitet mit Verlust. Derselbe betrug im Jahre 1909 41.252 Mf. und steigerte sich im Jahre 1910 auf 50.213 Mf. — Die Conrad Deinzer j. n. A.-G. in Hannau konnte im letzten Jahre wie im Vorjahr 6 Proz. Dividende verteilen. Dagegen ist beim Elektroholzkontor der Dividendenertrag von 6 Proz. auf 5 Proz. zurückgegangen. Die Süddeutsche Möbelfabrik in Mannheim, die mit einem Kapital von 426.648 Mf. arbeitet, erzielte im Jahre 1909 bei 17.081 Mf. Abschreibungen einen Gewinn von 9888 Mf., im Jahre 1910 bei 27.329 Mf. Abschreibungen nur 553 Mf. Die Höhe der Dividende ist in beiden Jahren nicht bekannt geworden. Das gleiche gilt auch für Weihbacht u. Hoffmann A.-G. in Weihbacht u. Hoffmann. Das arbeitende Kapital beträgt hier 314.000 Mf., der Gewinn im

Jahre 1909 bei 7889 Mf. Abschreibungen 32 297 Mf. und 1910 bei 12 751 Mf. Abschreibungen 68 522 Mf.

Die Einführung von Bau- und Holzholz hat im Monat Junit verglichen mit dem gleichen Monat des Vorjahrs einen kleinen Rückgang erfahren. Sie betrug 6 100 232 Doppelzentner im Werte von 29 681 000 Mf. gegen 6 258 003 Doppelzentner im Werte von 30 808 000 Mf. im Junit 1910. Ein Rückgang ist auch zu konstatieren, wenn man die Zahlen für das ganze erste Halbjahr in Betracht zieht. Die Holzausfuhr betrug von Januar bis Junit 1910 23 284 075 Doppelzentner im Werte von 118 995 000 Mf., dagegen 1911 nur 22 880 754 Doppelzentner im Werte von 118 808 000 Mark. Der Rückgang betrifft hauptsächlich beschlagenes und gesägtes Holz während die Einführung von rohem Holz eine Steigerung erfahren hat. — Die Ausfuhr von Holzwaren betrug im Monat Junit 54 814 Doppelzentner im Werte von 4 888 000 Mf. gegen 60 003 Doppelzentner im Werte von 4 448 000 Mf. im Junit 1910. Für das erste Halbjahr betrug die Ausfuhrmenge 328 283 (1910: 308 818) Doppelzentner im Werte von 27 718 000 (25 501 000) Mark.

Soziales.

Fortschritte in der Arbeitslosenversicherung.

Die „Stadt Kölnische Versicherungsstasse gegen Arbeitslosigkeit im Winter“ hat einer neuen Einrichtung weichen müssen, die zwar noch weit entfernt davon ist, ideal zu sein, immerhin aber schon einen Fortschritt darstellt. Die neue Kasse, die ihre Tätigkeit am 1. Juli aufnahm und zunächst für zwei Jahre als Versuch gedacht ist, wird die Unterstützung während des ganzen Jahres zahlen, während es solche letzter nur im Winter gab. Das Vermögen der bisherigen Kasse im Betrage von 140 000 Mf. wird den Grundstock der neuen Kasse bilden. Die Stadt Köln erhöht ihren jährlichen Zufluss von 20 000 Mf. auf eine Summe bis zu 100 000 Mark. Vorgesehen sind zwei Arten der Versicherung, nämlich eine solche durch die Gewerkschaften und ähnliche Vertragsvereine und eine direkte für solche Personen, welche von keiner anderen Stelle Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben. Die Berufe sind nach der Häufigkeit der Arbeitslosenfälle in drei Gefahrenklassen eingeteilt, nach denen die Beiträge abgestuft werden.

Die Zuschüsse an die Gewerkschaften unterscheiden sich von denen des Cinter Systems dadurch, daß die Gewerkschaften in Köln für ihre Mitglieder Beiträge an die Kasse entrichten müssen. Es handelt sich also für sie um eine Rückversicherung für ihre Unterstützungsleistungen. Die Versicherungsstasse gewährt den Gewerkschaften für jeden Fall und Tag 0,75 Mf. nach Entrichtung von 52 Wochenbeiträgen, 1 Mf. nach 104, 1,25 Mf. nach 156 und 1,50 nach 208 Wochenbeiträgen, höchstens aber das Sechsfache dieser Säke innerhalb 52 Wochen. Die Unterstützung des Vereins muß um mindestens 25 Pf. höher sein. Die Beiträge für diese Mitglieder, die von dem Verein an die Kasse zu entrichten sind, betragen je nach der Gefahrenklasse 4, 10 oder 30 Pf. wöchentlich und ermäßigen sich für die ersten zwei Jahre auf die Hälfte, also auf 2, 5 oder 15 Pf., wenn die Organisation innerhalb der ersten sechs Wochen nach Gründung der Kasse, also bis 12. August dieses Jahres, beitritt. Diese Rückversicherung erstreckt sich nur auf die seit 52 Wochen in Köln wohnenden oder arbeitenden unselbstständigen Mitglieder.

Personen, welche anderweitig keinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung haben, können der Kasse als Einzelmitglieder beitreten. Es wird sich hierbei hauptsächlich um Unorganisierte handeln und um Angehörige solcher Gewerkschaften, die selbst diese Versicherungsart nicht eingeführt haben. Da die Erfahrung gezeigt hat, daß sich einzeln und freiwillig naturgemäß in der Hauptsache nur die der Arbeitslosigkeit am meisten ausgesetzten Arbeiter versichern, während die Gewerkschaften doch auch für die weniger gefährdeten Mitglieder Beiträge entrichten, müßten die Beiträge der Einzelversicherer entsprechend höher bemessen werden. Die wöchentlichen Beiträge betragen je nach der Gefahrenklasse 15, 20 und 45 Pf. bei einer Versicherung auf 1,50 und 0,75 Mf. Tagessalz, und 20, 30 und 60 Pf. bei 2 und 1 Mf. Tagessalz. Für über 60 Jahre alte Arbeiter erhöhen sich die Beiträge auf 20, 25 und 50 bzw. 25, 30 und 75 Pf. Für die ersten sechs Tage der Arbeitslosigkeit wird ein Tagessalz nicht gezahlt. Tagessalz wird im Höchstfalle während 60 Tagen in 52 Wochen gezahlt; und zwar 1,50 oder 2 Mf. während der ersten 20 und 0,75 oder 1 Mf. während der weiteren 40 Tage. Mitglied kann jeder Arbeitnehmer werden, der regelmäßig im Hauptberuf unselbstständig erwerbstätig und nicht Heimarbeiter ist, seit 13 Wochen in Köln wohnt oder in den seiner Anmeldung vorhergehenden 26 Wochen mindestens seit 13 Wochen innerhalb der Stadtgemeinde Köln in seinem Hauptberuf beschäftigt war und aus diesem einen Tagesverdienst von mindestens 2,50 Mf. bezieht. Arbeiter unter 18 Jahren können nur mit Genehmigung des gesetzlichen Vertreters (Vater, Mutter usw.) beitreten und müssen einen Verdienst von mindestens 1,00 Mf. täglich haben. Die Unterbrechung des Mitgliedschaft tritt u. a. ein bei Annahme von Arbeit außerhalb von Köln, Rüthen a. Rh. und Rodenkirchen, bei Verbüßung einer Freiheitsstrafe, bei Arbeitslosigkeit infolge von Streik und Aussperrung.

Tritt in einem Gewerbe allgemein Streik und Aussperrung ein, so wird ein diesem Gewerbe angehöriges Mitglied, das vor Beginn des Streiks oder der Aussperrung bereits arbeitslos war, auch als streikend oder ausgesperrt betrachtet und seine Mitgliedschaft ruht gleichfalls, ebenso die Verpflichtungen der Kasse auf Zahlung von Arbeitslosenunterstützung.

Die Mitglieder wie die Rückversicherer sind verpflichtet, Arbeitsstellen anzunehmen, welche ihrem Berufe und bisherigen Verdienst entsprechen und nicht durch Streik oder Aussperrung frei geworden sind. Ledige müssen Arbeit auch nach außerhalb Kölns annehmen. Weigert sich ein Versicherter dessen, so muß er eine nochmalige Wartezeit von 6 bis zu 12 Tagen durchmachen.

Die Verwaltung der Kasse erfolgt durch einen Ausschuß von 20 Personen, von denen 10 durch die Gewerkschaften und die Einzelversicherer und 8 durch die Stadtverwaltung bestellt werden. Ferner gehören dazu der Vorstandes des konsolidierten Arbeitsschutzes und 3 Vertreter solcher Bürger, die sich durch freiwillige Verträge beteiligen. Diese letztere Einrichtung ist ein Neuerbleibsel von der alten Kasse.

Das Kölner Gewerkschaftsamt hat trotz einiger Bedenken gegen einzelne Bestimmungen den Gewerkschaften empfohlen, bei Versicherungsstasse corporativ beizutreten. Nach Ablauf der zwei Probejahre bliefe es ja dann möglich sein, diese Einrichtung weiter zu entwickeln. Unsere Kölner Zahlstelle hat ihren Anschluß inzwischen bereits vollzogen.

Der Konsum-, Bau- und Sparverein „Produktion“ in Hamburg hat sich in eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung umgewandelt und damit den Mittelstandstretern eine große Entlastung bereitet. Diese haben es nach Jahrenlangen Bemühungen endlich durchgebracht, daß die gebundenen Körperschaften der Republik Hamburg ein Gesetz verabschiedeten, nach welchem die Konsumvereine einer Sondersteuer unterworfen werden, die sich nach der Höhe des Umsatzes richtet. Bei der „Produktion“ alle einen Umsatz von etwa 10 Millionen Mark hat, würde die Steuer 88 500 Mark betragen haben, und zwar für ein Einkommen, welches in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist. Mit dieser Erdrosselungssteuer glaubten die Gründer die ihnen so unangenehme Konkurrenz der Konsumvereine wirksam unterbunden zu haben. Jetzt handelt es sich bei diesem gescheiterteren Akt um die Konfiskation von Spargeldern der Arbeiter und sonstiger kleiner Leute, die Mitglieder der Konsumvereine sind, aber darauf haben ja die Geschäftsmacher noch nie Rücksicht genommen. Im Gegenteil, es ist ja eine sehr beliebte Praxis der Steuergesetzgebung, die Minderbemittelten um so kräftiger einzusägen, um die Wohlhabenden schönen zu können.

Diesmal haben aber die Steueraufseher einen Meilenstein erlebt. Der größte Konsumverein in Hamburg, die „Produktion“, hat sich aufgelöst und sich als Handelsgesellschaft mit beschränkter Haftung neu konstituiert. Dadurch erleiden zwar die Mitglieder keinen Schaden, aber sie sind der Verpflichtung entbunden, die ungerechte Steuer zu bezahlen. Die Handelsgesellschaften mit beschränkter Haftung sind nämlich einer Steuer nicht unterworfen, da es sich hier um eine Geschäftsbildung handelt, die sich bei der wirtschaftlichen Vitalisten großer Beliebtheit erfreut. Neben ihren Meilensteinen die Mittelständler Gist und Wasse. Sie suchen nach einem Wege, den Konsumverein „Produktion“ doch noch zu schützen, aber das wird ihnen nicht gelingen. Dagegen ist anzunehmen, daß das Geschrei nach einer Sonderbesteuerung der Konsumvereine, das auch außerwärts fortwährend erhoben wird, nun allmählich verstummt, nachdem an dem Beispiel der „Produktion“ der Weg gezeigt ist, wie sich die Konsumvereine der Erdrosselungssteuer entziehen können und dabei noch den Vorteil erzielen, an jedemmann Waren abzugeben, während sie befannisch in ihrer seitherigen Form nur an ihre Mitglieder verkaufen dürfen.

Verbandsnachrichten.

Gesamtnachrichten des Vorstandes.

Nachfolgenden Zahlstellen wird hierdurch anträglich gemacht die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Pauschalbeitrages erteilt, monach der Gesamtbetrag ab 1. August beträgt in Enden 90 Pf. Lörbach 70 Pf. Mercedesburg 70 Pf. Schlotheim 65 Pf.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 32. Wochenbeitrag für das Jahr 1911 fällig geworden.

Auf die in voriger Nummer erfolgte Ausschreibung der vakanten Stelle eines Sekretärs im Verbandsvorstand machen wir hiermit nochmals aufmerksam. Bewerbungen sind bis zum 28. August nach hier einzureichen.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 89209 Julius Stange, Tischler, geb. 27. 2. 73 zu Pleichsdorf.
- 100027 Karl Eichenburg, Tischler, geb. 24. 4. 73 zu Görlitz.
- 107718 Robert Geier, Tischler, geb. 18. 4. 83 zu Schlaben.
- 159209 Oskar Langmaa, Tischler, geb. 23. 8. 84 zu Bremen.
- 167804 August Neumann, Stellm., geb. 8. 10. 54 zu Löben.
- 256769 Gustav Sternfeld, Hilfsarbeiter, geb. 17. 8. 60 zu Mühlhausen.
- 297267 Wilhelm Edthofer, Tischler, geb. 7. 7. 80 zu Gilbersdorf.
- 368050 Rupert Knott, Tischler, geb. 1. 2. 88 zu Gellersdorf.
- 428635 Josef Franz, Tischler, geb. 8. 12. 65 zu Kaiserswalde.
- 458609 Karl Kaltbecker, Tischler, geb. 7. 9. 89 zu Heddesdorf.
- 459313 Christian Schlüter, Tischler, geb. 26. 1. 65 zu Breslau.
- 456822 Friedrich Kaltis, Tischler, geb. 28. 1. 69 zu Springe.
- 482261 Oskar Thomas, Tischler, geb. 29. 3. 88 zu Artern.
- 494984 Aug. Mühlmeier, Maschinenarbeiter, geb. 14. 1. 80 zu Solingen.

Im Monat Juli gingen von nachbenannten Zahlstellen folgende Beiträge ein:

Gau Danzig: Allenstein 70 Mf., Belgard 100, Bromberg 100, Danzig 600, Golbow 10, Gumbinnen 250, Insterburg 350, Johannisburg 50, Königsberg 1574,50, Küstrin 200, Kosberg 200, Königsberg 80, Lauenburg 150, Memel 200, Neustettin 35, Osterode 100, Rügenwalde 14, Schlawe 120, Sensburg 93,50, Stalau 60, Stolp 200, Thorn 80, Goppow 80 Mf.

Gau Stettin: Anklam 100 Mf., Barth 220,80, Brunnhaupten 120, Demmin 62,25, Kiddy 50, Küstrin 120, Grabow 100, Greifswald 40, Greifswald 150, Gremmendorf 120, Güstrow 187,40, Hagenow 68,20, Herrnhurg 178, Loitz 20, Lubz 120, Malchin 70, Neustadt 60, Neustrelitz 76, Ribnitz 68, Rostock 697,90, Sackow 195,10, Schivelbein 119, Schönberg 120, Schwerin 860, Stargard

350, Stettin 800, Stralsund 300, Strelitz 267, Swinemünde 100, Teterow 130,50, Torgelow 80, Wismar 400, Wolgast 100 Mf.

Gau Preßlau: Beuthen 210 Mf., Breslau 800, Brieg 150, Bünzau 38,60, Deutsch-Lissa 160, Erdmannsdorf 90, Festeberg 6, Freiburg 600, Friedland 96, Glatz 90, Grotzitz 198, Grotzau 200, Gruenau 74,60, Görlitz 1200, Grünberg 100,78, Guhrau 69, Hohenau 194, Hirschberg 280, Jauer 100, Kötowitz 500, Königshütte 216,80, Kreisburg 24,70, Langenwalde 80, Langenwitz 800, Lauban 160, Liegnitz 500, Leisnitz 125, Nieschitz 95,77, Oels 110,46, Oppeln 650, Raudischitz 25, Rybnitz 49,14, Schmiedeberg 60,84, Schweidnitz 830, Strehlen 160, Striegau 250, Waldeburg 250, Ziegenhals 80 Mf.

Gau Berlin: Angermünde 122,60 Mf., Bernau 200, Cöpenick 200, Cottbus 600, Cölln 80,37, Driesen 90, Eberswalde 150, Elster 50, Finsterwalde 300, Friedenswalde 194, Hohenberg 240, Hohenwalde 180, Guben 402, Herzberg 186, Höverswerda 99, Hochimithal 88,50, Jüterbog 216,96, Klosterfelde 800, Königs Wusterhausen 150, Kolmar 64,88, Lüdenwalde 900, Mühlau 173,64, Neudamm 462, Neuhagen 110, Neuruppin 100, Nossen 200, Oberschöneweide 180, Oderberg 40, Oranienburg 82, Potsdam 110, Prenzlau 120, Prießnitz 120, Rixdorf 80, Rathenow 250, Schwielow 168,83, Segefeld 82,60, Senftenberg 240,80, Sommerfeld 100, Spandau 93, Spremberg 200, Strausberg 105,65, Teltow 80, Tempel 99,50, Trebbin 261,52, Treuenbrietzen 202,90, Westen 186,70, Wiesbaden 87, Wieg 80, Wetzlar 40, Wittenberge 150, Wittstock 52, Zehlendorf 40, Bösen 170 Mf.

Gau Dresden: Altenberg 50 Mf., Bautzen 800, Brand 880, Colmnitz 170, Cunnersdorf 200, Dippoldiswalde 88,75, Döbeln 600, Übersbach 240, Elsterwerda 120, Freiberg 200, Geringenwalde 100, Glashütte 170, Großhartmannsdorf 90, Großkönnau 144,80, Grünthal 70, Hainewalde 100, Königstein 100, Kötzschenbroda 76, Leisnitz 285, Liebenwerda 127,80, Löbau 362,40, Marienberg 40,20, Melkau 500, Mittweida 350, Mühlberg 228,05, Mühlau 180, Neuzendorf 100, Niederleisnitz 800, Oederan 100, Oberhau 110, Oschatz 200, Pirna 500,50, Radeberg 300, Radeburg 118, Reichenberg 80, Riesa 500,50, Schandau 421,58, Schmiedeberg 204, Selfkantendorf 80, Stolpen 100, Waldheim 800, Wilsdruff 108, Zittau 900 Mf.

Gau Leipzig: Adorf 120 Mf., Querbach 200, Rorna 800, Rückholz 185, Burgstädt 100, Chemnitz 2500, Crinitzschau 350, Elben 74,20, Eilenburg 400, Eisenberg 810, Frankenberg 100, Frohburg 80, Geithain 100, Gera 800, Glauchau 270,35, Greiz 100, Grimma 75, Hainichen 100, Hohenstein-Ernstthal 110, Hörlitz 260, Johanngeorgenstadt 800, Kleinröhrsdorf 15,15, Klingenthal 200, Kimmersdorf 88,43, Langenberg 200, Leipzig 5000, Limbach 50, Marktredwitz 50,80, Meerane 268,61, Meuselwitz 183,90, Neustadt 50, Oelsnitz 68,06, Penig 60, Plauen 350, Raschau 275, Reichenbach 100, Schleußig 405,69, Schleiz 50, Schmölln 504,90, Schönbach 800, Thalheim 62, Treuen 90, Tiefenbach 100, Werdau 1800, Wilkau 430, Wlossen 350, Würzen 120, Zehn 2000, Zeulenroda 300, Zwickau 550 Mf.

Gau Erfurt: Apolda 60 Mf., Arnstadt 280, Blankenburg 217,54, Broterode 88, Bürgel 1200, Coburg 800, Corbetha 130, Eisrich 59, Eschwege 228,96, Fechenbach 101,45, Frankenhausen 400, Gera 92,50, Goldlauter 50, Gräfenroda 50, Grünau-Angstedt 60, Henbach 82,65, Hildburghausen 20, Jena 200, Ilmenau 66, Ichtershausen 124,50, Langewiesen 200, Lauterberg 600, Leibis 145,85, Martinroda 100, Meinungen 72, Mellenbach 600, Merleburg 200, Mühlroda 97,25, Naumburg 160, Neustadt 240, Nordhausen 100, Ohrdruf 200, Osthain 5,65, Pöhlitz 100, Probstzella 65, Röda 102, Rottewitz 233, Saalfeld 80, St. Andreesberg 60, Schleusingen 76, Schlotheim 80,06, Schmallenberg 60, Schwerin 21,10, Sonneberg 120, Steinach 137,66, Tambach 112,50, Tanneck 200, Themar 140, Triptis 85, Wernigerode 60, Wetsungen 158,45, Wettin 60, Wettinsels 90, Zella-Mehlis 100 Mf.

Gau Magdeburg: Aken 50 Mf., Artern 135,50, Aschersleben 100, Bernburg 200, Bitterfeld 70, Blankenburg 150, Calbe 50, Claußthal 54, Cöthen 900, Coswig 238,96, Delitzsch 60, Dessau 600, Eisleben 180, Gardelegen 200, Goslar 180, Gutsdorf 200, Helmstedt 250, Hettstedt 88, Magdeburg 1400, Niedlinburg 174,83, Nienburg 100, Sangerhausen 420,21, Sennelied 250,50, Stassfurt 120, Stendal 820,18, Tangermünde 140, Wernigerode 100, Wittenberg 171,84 Mf.

Gau Hamburg: Ahrensburg 150 Mf., Altenrade 132,20, Auerbach 80, Bergedorf 280, Blankensee 100, Bräse 80, Bredenfelde 80, Brunsbüttel 62,60, Cuxhaven 200, Dannenberg 20, Delmenhorst 450, Elmshorn 100, Eutin 92,78, Flensburg 700, Geesthacht 70, Glücksburg 100,62, Haderseeben 131,26, Husum 250, Jychoe 350, Kellinghusen 60, Kiel 2400, Lauenburg 100, Leer 50, Lübeck 500, Lüneburg 396,50, Marie 80, Meldorf 70, Neumünster 132,85, Norden 201, Nordenham 50, Oldenburg 800, Oldesloe 100, Preetz 75, Neinsfeld 101,80, Scherrebek 68, Schleswig 100, Schwartau 125, Segeberg 50

Gau Frankfurt: Amorbach 150 Mf., Bubenheim 92,50, Büsbach 68,50, Ebenlohe 210, Frankenthal 250, Friedberg 270, Gernsheim 89, Gießen 200, Großkarben 80, Grünstadt 105,74, Hanau 600, Heidelberg 200, Hettstein 40, Höchst 500, Höhr 40,90, Homburg 169,75, Kellheim 202,40, Kitzingen 800, Lamrecht 87,68, Landau 55,10, Mainz 1500, Mannheim 1200, Marburg 160, Meß 402,44, Montabaur 60, Neustadt 180, Obernai 150, Pirmasens 78,60, Reichenbach 107, Saarbrücken 178,68, Sprendlingen 50, Tann 4,42, Trier 80, Vilbel 60, Wodenhausen 58,60, Weyer 82, Wiesbaden 600 Mf.

Gau Nürnberg: Amberg 100 Mf., Fürth 600, Hirschau 100, Erlangen 800, Feucht 226,24, Forchheim 48, Fürth 6000, Georgensgmünd 168,02, Hersbruck 68,60, Herzogenaurach 78,68, Kronach 10, Lauf 200, Markt-Mieding 60, Mittelfeld 82,60, Nürnberg 87, Pappphenheim 116,17, Pegnitz 77,71, Regensburg 508,25, Nehau 100, Reichendorf 140, Roth 92,75, Schnelldorf 187,70, Schweinfurt 81,90, Schlosshof 29,68, Schwandorf 187,50, Schwarzenbach 75, Schweinfurt 180, Waldbüttelbrunn 4,20, Weißenstadt 60, Würzburg 400, Wunsiedel 89 Mf.

Gau München: Berchtesgaden 50 Mf., Donauwörth 20, Freising 100, Fürstenfeldbrück 50, Garmisch 71,27, Holzhausen 88,60, Ingolstadt 100, Kempten 200, Kirchseeon 50, Memmingen 150, Miesbach 58,50, Mühldorf 50, Pasing 240,90, Penzberg 50, Steinenhau 100, Rosenheim 300, Schleidenhausen 60, Starnberg 140, Straubing 90, Traunstein 40, Weilheim 60, Wörishofen 87,40, Wolfratshausen 72,50, Wunsiedel 15 Mf.

Gau Stuttgart: Aalen 60 Mf., Achern 180, Altensteig 110, Bad Cannstatt 100, Baden-Dos 60, Biberau 60, Bielingheim 103, Bietigheim 185, Bruchsal 50, Colmar 280, Turlach 78,25, Ehingen 180, Emmendingen 80, Esslingen 800, Feuerbach 100, Freiburg 700, Freudenstadt 100, Gaggenau 82,60, Hallgarten 188, Göppingen 600, Hall 100, Heilbronn 280,60, Heilbronn 800, Holzgerlingen 65,65, Hornberg 104,10, Karlsruhe 900, Kitzingen 68,20, Konstanz 100, Land 170, Langenbrücken 70, Laupheim 108,68, Leutkirch 40, Ulm 180, Lorch 80, Ludwigsburg 100, Markdorf 600, Meßingen 63,68, Mosbach 50, Mühlheim 64,95, Müllhausen 880, Neckarsulm 204,75, Neuenbürg 185,60, Neustadt 68, Nürtingen 140,88, Oberehrenheim 87,50, Offenburg 55, Pforzheim 700, Radolfzell 40,78, Ravensburg 67,60, Reichenbach 105, Neuhausen 188,50, St. Georgen 60, Schwenningen 200, Spiegelberg 15,80, Steinheim 270,88, Stuttgart 6800, Sulzbach 68,50, Triberg 15, Trossingen 45, Tübingen 160, Ulm 900, Ulrich 102,65, Villingen 280,20, Waldbüttelbrunn 202, Waldkirch 75, Wangen 108, Wuppenhausen 500 Mf.

Die Revisoren und Verwaltungen werden ersucht, vorstehende Tabelle genau zu prüfen und etwaige Unstimmigkeiten an uns zu berichten.

Nicht aufgeführt sind die Verträge, welche für die Verlagsanstalt bestimmt waren.

Berlin C., Neue Friedrichstraße 2.

Der Verbandsvorstand.

Agitation unter den Modelltischlern.

Der Gedanke, auch unter den Modell- und Fabriktschläfern die örtliche Agitation durch auswärtige Kollegen zu unterstützen, führte zu einer Reihe Versammlungen, in denen ich über die Modell- und Fabriktschläfer in der modernen Arbeiterbewegung sprach. Die erste Versammlung in Bremen war von 35 von den rund 70 beschäftigten und fast sämtlich organisierten Kollegen besucht. In Bremen haben mit 50 Beschäftigten und 38 Organisierten waren nur 18 Kollegen erschienen. Manches gilt es hier noch zu verbessern, deshalb ist die Zahl der Kollegen nicht am Platze. Die circa 50 in Osram abhängigen Kollegen waren schon einmal fast vollständig organisiert; infolge der einbrechenden Krise ging diese Zahl bis auf 4 zurück. Die Versammlung war von nur 11 Kollegen besucht. Löhne von 28 und 30 Pf. sind nicht selten. Der Durchschnittsverdienst ist 42 Pf. 6 Kollegen vollzogen die Aufnahme. Ein noch großes Feld haben die Kollegen in Bielefeld zu bearbeiten. Von 70 bis 80 Beschäftigten sind 44 organisiert, 31 waren in der Versammlung. Hildesheim hat bei 40 Beschäftigten 28 Organisierte. In der Versammlung erschienen 80 Kollegen. Die Aussprache zeigte, dass noch manches Verbesserungsbedürftig ist. Der Durchschnittsverdienst beträgt 48 Pf. Sicher gut sind die circa 200 beschäftigten Kollegen in Hannover organisiert. Die Arbeitszeit ist dort noch 59 Stunden pro Woche. Verdient wird durchschnittlich 52-55 Pf. In einigen Fabriken stehen unsere Kollegen zur Zeit in Lohnbewegungen. Versammlungsbesucher erschienen nur circa 80. Die letzte Versammlung in Kiel war für Modell- und Fabriktschläfer mit zusammen circa 150 Beschäftigten einheitlich. Der Organisationsstand ist von der Reichswehr abgesehen, ein guter. Die gelbe Sumpfpflanze hat sich vereinzelt auch unter unseren Kollegen eingestellt. Diese zu bekämpfen, ist schon im Interesse der geschlossenen Werftbewegung Pflicht. Besucht war die Versammlung von 55 Kollegen. Her vorgehaben zu werden verdient, dass in der Diskussion nicht eine Stimme die Absicht des Metallarbeiterverbandes auf Angliederung der Modelltischler befürwortete vielmehr alle Medien im Interesse der Kollegen sämtliche Modelltischler im Holzarbeiterverband vereinigt seien wollten.

Ulrich Hannibal, Hamburg.
Am 22. Juli sprach Unterzeichner in einer Versammlung in Gießen. Obwohl die Versammlung inmitten ihres engeren Wohnbezirks stattfand, hatten sich von 50 organisierten nur 30 Kollegen eingefunden. Die Kollegen hielten aber sicher alle Ursache, sich mehr um die Interessen des Verbandes zu kümmern, denn die Beziehungen in den Stettiner Betrieben lassen viel zu wünschen übrig. In der Diskussion wurde erwähnt, dass einige Kolonnen auf dem "Villan" schon seit März Überstunden machen, und ein Kollege sprach offen aus, dass er indirekt dazu gezwungen sei, weil er eine Lohnniederlage beim Meister nicht ertragen konnte. Der Antrag vom Verbandstag der Metallarbeiter wurde ebenfalls heftig angegriffen. Auch hier erklärten die Kollegen, dass nur der Holzarbeiterverband als Beruforganisation für sie in Frage kommt.

Erik Otto, Berlin.

Korrespondenzen.

Berlin. (Modelltischler.) In einer der letzten Branchenversammlungen kam zur Sprache, dass in letzter Zeit verschiedene Kollegen sich nicht an die Branchenbeschlüsse gehalten haben, und teils durch Umschauen oder, was leider auch noch in zwei Fällen zu verzeichnen war, durch den Nachweis des Metallindustriellenverbandes in Arbeit getreten sind. Einstimmig wurde eine Resolution angenommen, welche dies Verhalten der Kollegen regt, und den Kollegen zur Pflicht macht, Uebertretungen sofort der Branchenkommision zu melden, damit gegen diese Kollegen vorgegangen werden kann. Die Arbeitsvermittlung ist für unsere Kollegen seit 1908 streng obligatorisch und haben sich dieselben, bis auf wenige Ausnahmen, mit dieser Einrichtung vertraut gemacht. Selbst von unorganisierten Kollegen wird der Nachweis benutzt. Eine Ausnahme machen die Mitglieder des Gewerbevereins. Obwohl für Tischler betragsmäßig nur der paritätische Nachweis in Frage kommt, vermittelten die Hirsch-Dunderschen Modelltischler, "wie es ihnen paßt", d. h. sie gehen von einem Betrieb in den anderen und überlassen das Arbeitslossein den Verbändlern. In letzter Zeit wurde ein Fall bekannt, dass für einen vollbesetzten Betrieb versucht wurde, Kollegen von auswärts heranzuholen. Zur Stelle gestellt, erhielt unser Vertrauensmann die Antwort: "Das machen wir, wie wir wollen." So handeln die Gewerbevereiner, die sich so gerne "Pioniere der Arbeiterbewegung" nennen.

Crefeld. Der christliche "Holzarbeiter" veröffentlicht in seiner Nr. 80 von einigen Zahlstellen Mitgliederzahlen, welche für den Nichtgewerbelehen verblüffend wirken sollen. Um zu solchen Ziffern zu gelangen, hat man anscheinend das "Gebiet" der einzelnen Zahlstellen etwas recht weit gezojen. So ist Crefeld mit 280 Mitgliedern genannt. Unsere Zahlstelle hat deren dort 880, 616 organisationsfähige Holzarbeiter sind aber in Crefeld kaum zu finden, wenn man selbst die Tischler, die der christliche Verband ja auch aufnimmt, dazu zählt. Außerdem gibt es aber doch noch unorganisierte am Orte. In Crefeld selbst haben denn auch die Christen kaum mehr als 140 Mitglieder. Selbst wenn dazu noch 20 aus der Nachbarschaft kommen sollten, so bleibt doch nur die Lösung, dass man in obige 288 Mitglieder auch die der benachbarten selbständigen Zahlstellen überlässt. Doch, Wiege, Cleve eingezogen hat. Rechtliche Reckenkunst hat wohl auch Angen zu selten 510 Mitgliedern verhelfen müssen, denn noch vor kurzem gab der dort neu augezogene christliche Gewerkschaftsvertreter Gründel in einer Versammlung in Schwalbe diese Zahl auf "etwa" 400 an. Wie in diesen beiden Städten, so wird es auch wohl in den übrigen angegebenen der Fall sein. Zumindest liegt aber für unsere Kollegen Veranlassung genug vor, in den schwarzen Zentrumsdomänen aufzuladen zu wollen und namentlich die so notwendige Kleinarbeit nicht zu vernachlässigen.

Holzberg. Ein recht großer Teil der biesigen organisierten Kollegen will immer noch nicht begreifen, dass zur Erlangung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen mehr gehört als wie Beitragszahlen. Dass wir seine Ursache haben, die Hände in den Schoss zu legen, beweist uns recht deutlich die im Juli aufgenommene Staffel. An derselben beteiligten sich 180 Kollegen. Bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 68 Wochenstunden ergab sich ein Durchschnittswochenlohn von 98 Pf. bei Lohnarbeit und 42 Pf. bei Akkordarbeit. In der Fabrik für photographische Artikel von Krabsch u. Ullmann ist die Arbeitszeit um eine Stunde länger, dafür aber der Stundenlohn sowie Akkordlohn bedeutend niedriger, während der andere gleiche Betrieb von A. Schmitz eine 50% stündige Arbeitszeit auf der man weiterarbeiten kann. Sind sämtliche Arbeiter in den Kaufmännischen sich ihrer Pflicht bewusst, dem Verbande nicht nur vorübergehend anzugehören, sondern stets treu zur Sache zu halten, wird es ein leichtes sein, das nachzuholen, was bislang nicht erreicht werden konnte.

In Berlin sind die Kammarei der Firma Bloch, Warschauer Straße, wegen Lohnverschlechterung und Massregelung am 21. Juli in den Abwehrstreik getreten. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen haben den Betrieb verlassen, sogar der zweite Meister, der im Gegensatz zum ersten Meister, Bachmann ist, hat sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Die Firma, welche allzu oft schon mit ihren Arbeitern in Differenzen lag, stellte am 1. Juli in der Abteilung, die Vöhne zu drücken, einen Meister an, der bisher im Betriebe als Ausschussmitglied fungierte und auch in der Branchenkommission tätig war. Dieser Meister Wehr hat sich gleich nach Beginn des Streiks als Demunzant und Streikverteidiger für seinen Broder zu nutzbar gemacht, indem er sämtliche Käferherbergen Groß-Berlins mit wenig Erfolg abflog, um Arbeitsswillige zu bekommen. Der Streik selbst steht gut. Nacharbeiter hat Herr Bloch trotz vieler Anstreben in Berlin nicht erhalten können, doch scheint es nicht ausgeschlossen, dass die Firma wieder in Dresden, Leipzig, Naumburg, Nürnberg usw. inserieren wird, und bitten wir unsere Kollegen, im genannten Betrieb keine Arbeit anzunehmen. Arbeitslose Kollegen aller Orte ersuchen wir, sich beim Zentralarbeitsnachweis zu melden.

In Chemnitz dauert der Streik der Schreiner und Maschinendarbeiter bei der Firma Schöneweide unverändert fort. Außer dem Geiger sind keine Arbeitswilligen vorhanden. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

In Gotha sind an der am 6. August eröffneten Aussperrung von 80 Proz. der Metallarbeiter auch unsere Kollegen beteiligt. An der Waggonfabrik und der Maschinenfabrik von Brügel u. Hansen sind etwa 160 Kollegen ausgesperrt. Es ist deshalb der Zugang von Modelltischlern, Stellmachern, Tischlern und Maschinendarbeitern fernzuhalten.

In Brandenburg ist fürzlich ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, bei dem auch der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein Vertragspartner ist. Als es aber dann daran ging, den Vertrag auch in den Werkstätten der neu organisierten Meister durchzuführen, zeigte sich wieder einmal die Unzuverlässigkeit der Gewerbevereiner. So beim Meister Geier. Hier verpflichteten sich die Schreine, ohne Vertrag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Erschreckt ließen die Gewerbevereiner Hein und Plum schon nach zwei Streiktagen wieder in die Werkstatt. Plum machte sogar Umwege, um dort hin zu gelangen und ließ sich vom Meister nach Hause begleiten. Durch diesen Unfall ist nun aber die Durchführung der neuen Bedingungen in diesem Betrieb zunächst verhindert und das durch die Schuld der Hirsche.

In Hamburg hat der Lohnkampf im Tischlergewerbe nach 20-tägiger Dauer nunmehr insofern eine Wendung genommen, als jetzt mit dem neuen "Arbeitsverein der Holzgewerbetreibenden" ein Tarifvertrag abgeschlossen wurde. Dieser Verein ist bestmöglich im Gegensatz zu dem vom Hauptmann a. D. Kursell kommandierten Schaf-

noch weiter vervollständigen. Dass es überhaupt so weit kommen könnte, ist Schuld der Kollegen, die sich vielfach der Organisation gegenüber sou oder gar ablehnend verhalten. Sie haben aber mit diesen schlechten Verhältnissen selbst den Nachteil zu tragen. Wohl stehen wir vor der Tariferneuerung, vorher muss der alte Vertrag aber voll durchgeführt sein. Sorge jeder mit dafür!

Maschinen. Die Holzarbeiter der biesigen Waggonsfabrik haben in diesem Frühjahr einen Kampf nach 20-tägiger Dauer ergebnislos abbrechen müssen, weil in der Umgebung noch zuviel Unorganisierte vorhanden waren. Unstatt nun durch lebhafte Agitation diese Scharte wieder auszuweichen, ist selbst unter den alten Mitgliedern große Unruhe eingekommen. Nun hat zwar Director Vatoss damit gedroht, dass bei einer neuen Aussperrung nur die Mitglieder der freien Gewerkschaften davon lämen. Erwachsene Männer lassen sich aber doch nicht durch solche abgeschworene Drohungen abschrecken! Wie notwendig der Zusammenhalt der Arbeiter ist, zeigt die Verwaltung der Unterstützungsasse der Fabrik, in die auch die Streikgelder fließen. Aus dieser Klasse erhält fürzlich sogar ein Streikbrecher 60 Mf. zur Rückreise nach Hamburg. Für denselben Mann hatte die Fabrikleitung vorher Möbel besorgt und nun muhlt sie sich obendrein noch bemühen, diese wieder loszuwerden. Ebenso wie in der Waggonfabrik könnte aber die Organisation auch im Betriebe von Tiefgarage besser sein. Es ist gerade kein gutes Zeichen, wenn man sich nicht einmal gewaut, in die Versammlungen zu kommen, hierzu der junge Herr vor dem Versammlungsklopfen hört. Wenn es besser werden soll mit der Bezahlung und Behandlung, dann müssen auch diese Kollegen sich endlich austreffen.

Steinheim a. d. Mur. In der Fabrik von Stora u. Palmer werden die Arbeitsverhältnisse dadurch besonders ungünstig beeinflusst, dass sich die Inhaber selber nur wenig um die inneren Betriebsangelegenheiten kümmern. Dafür führt ein Geschäftsführer das Gesetz, der nicht mit den Arbeitern umzugehen versteht, und ein noch unerfahrener Sohn und die Tochter eines Inhabers beschäftigen sich im Antreiben. Den Arbeitern mutet man nichts an, die Arbeitsschäfte zu tun, wie z. B. Schmieden, Waschstettragen und HundeverSORGEN. Drei Kollegen, die nicht in allen Dingen nach der Pflicht dieser Geschäftsführung tanzen wollten, wurden jetzt kurzerhand entlassen. War seither die Arbeiterschaft dieses Betriebes sehr indifferent, so ist es jetzt gelungen, viele der Kollegen für den Verband zu gewinnen. Wenn diese Kollegen nun standhalten und sich zum anderen die branchenförmigen Inhaber selber des Betriebes mehr annehmen, so könnte monder Grund zu Unschönheiten leicht beseitigt werden.

Unsere Lohnbewegung.

In Bamberg ist die Lohnbewegung der Kaufmänner, Maschinendarbeiter, Schneidsäger und sonstigen Dilsarbeiter noch kaum zweitwöchigem Streik zugunsten der Arbeiter verendet. Sind auch nicht alle Bündne der Kollegen, speziell der Dilsarbeiter, erfüllt worden, so ist doch durch die Festlegung eines Tarifs endlich eine Grundlage geschaffen, auf der man weiterarbeiten kann. Sind sämtliche Arbeiter in den Kaufmännischen sich ihrer Pflicht bewusst, dem Verbande nicht nur vorübergehend anzugehören, sondern stets treu zur Sache zu halten, wird es ein leichtes sein, das nachzuholen, was bislang nicht erreicht werden konnte.

In Berlin sind die Kammarei der Firma Bloch, Warschauer Straße, wegen Lohnverschlechterung und Massregelung am 21. Juli in den Abwehrstreik getreten. Sämtliche Kollegen und Kolleginnen haben den Betrieb verlassen, sogar der zweite Meister, der im Gegensatz zum ersten Meister, Bachmann ist, hat sich mit den Streikenden solidarisch erklärt. Die Firma, welche allzu oft schon mit ihren Arbeitern in Differenzen lag, stellte am 1. Juli in der Abteilung, die Vöhne zu drücken, einen Meister an, der bisher im Betriebe als Ausschussmitglied fungierte und auch in der Branchenkommission tätig war. Dieser Meister Wehr hat sich gleich nach Beginn des Streiks als Demunzant und Streikverteidiger für seinen Broder zu nutzbar gemacht, indem er sämtliche Käferherbergen Groß-Berlins mit wenig Erfolg abflog, um Arbeitsswillige zu bekommen. Der Streik selbst steht gut. Nacharbeiter hat Herr Bloch trotz vieler Anstreben in Berlin nicht erhalten können, doch scheint es nicht ausgeschlossen, dass die Firma wieder in Dresden, Leipzig, Naumburg, Nürnberg usw. inserieren wird, und bitten wir unsere Kollegen, im genannten Betrieb keine Arbeit anzunehmen. Arbeitslose Kollegen aller Orte ersuchen wir, sich beim Zentralarbeitsnachweis zu melden.

In Chemnitz dauert der Streik der Schreiner und Maschinendarbeiter bei der Firma Schöneweide unverändert fort. Außer dem Geiger sind keine Arbeitswilligen vorhanden. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

In Gotha sind an der am 6. August eröffneten Aussperrung von 80 Proz. der Metallarbeiter auch unsere Kollegen beteiligt. An der Waggonfabrik und der Maschinenfabrik von Brügel u. Hansen sind etwa 160 Kollegen ausgesperrt. Es ist deshalb der Zugang von Modelltischlern, Stellmachern, Tischlern und Maschinendarbeitern fernzuhalten.

In Brandenburg ist fürzlich ein neuer Tarifvertrag abgeschlossen worden, bei dem auch der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein Vertragspartner ist. Als es aber dann daran ging, den Vertrag auch in den Werkstätten der neu organisierten Meister durchzuführen, zeigte sich wieder einmal die Unzuverlässigkeit der Gewerbevereiner. So beim Meister Geier. Hier verpflichteten sich die Schreine, ohne Vertrag die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Erschreckt ließen die Gewerbevereiner Hein und Plum schon nach zwei Streiktagen wieder in die Werkstatt. Plum machte sogar Umwege, um dort hin zu gelangen und ließ sich vom Meister nach Hause begleiten. Durch diesen Unfall ist nun aber die Durchführung der neuen Bedingungen in diesem Betrieb zunächst verhindert und das durch die Schuld der Hirsche.

In Hamburg hat der Lohnkampf im Tischlergewerbe nach 20-tägiger Dauer nunmehr insofern eine Wendung

macherischen Schuhverbande von Meistern gegründet worden, die sich nicht durch die Halsstarrigkeit ihres Offiziers ruinieren lassen wollten. Der neue Vertrag gilt bis 1. April 1913. Vorgesehen ist darin: die sofortige Einführung der 8½ stündigen Arbeitszeit und dreimal je 2 Pf. Lohnerschöpfung. Die Mindestlöhne erfahren entsprechende Erhöhung. Ein praktischer Arbeitsnachweis für den einen beider Seiten berücksichtigendes Regulativ vereinbart wurde, soll in kürzer Zeit veröffentlicht werden.

Mit diesem Vertragsabschluß ist den Scharfmachern der Wind aus den Segeln genommen. Besser wie alles anderen zeigt dieses Beispiel, daß eine Einigung möglich ist, wenn die Schuhverbandsmacher nur von ihrem einseitigen Herrenstandpunkt abgehen wollen. Die jetzige Lage scheint auch der Schuhverbandseitung nicht ganz angenehm zu sein. Ihr „Heer Hauptmann“, der in der „Arbeitgeberzeitung“ allzuoftentlich über die „Arbeiterbewegung“ schreibt, schweigt sich schon in den letzten zwei Nummern über Hamburg aus. Vorher hat er regelmäßig über seine „Erfolge“ berichtet und zuletzt viel Heil von dem neuen gelben „Fasalverband der Holzarbeiter“ erwartet.

Trotz dieser Wendung ist aber der Streit in Hamburg noch lange nicht beendet. Der Zugang dorthin muß auch ferner verbunden werden. Noch stehen 1800 Männer im Streit. Der Qualitätssche Schuhverband verharri noch immer auf seinem brutal ablehnenden Standpunkt. Den zu überwinden wird der weitere Kampf gelten.

In Marburg ist der Tischlerstreit nach dreitägiger Dauer beendet worden. Es wurde ein drei Jahre laufender Vertrag abgeschlossen, durch welchen die Arbeitszeit von 60 auf 58 Stunden verkürzt wird. Der Mindestlohn beträgt 45 Pf., und steigt während der Vertragsdauer auf 49 Pf. für Kollegen unter 20 Jahren von 39 auf 43 Pf. Außerdem regelt der Vertrag die Aufschläge für Überzeit- und Sonntagsarbeit sowie für Montagearbeiten.

Im Nabenauer Stuhlgelände dauert der Streit unverändert fort. Eine große Anzahl von Kollegen hat in letzter Zeit den Kampfplatz verlassen und arbeitet auswärts. Dadurch hat sich die Zahl der Streikenden auf die Hälfte vermindert. Die Unternehmer schließen die nützlichen Elemente, welche als Staureiter fungierten, wieder ab, da diese unfähig sind, für die Unternehmer nutzbringend zu arbeiten. Bis jetzt ist es ihnen noch nicht gelungen, einen gesuchten Stuhlbauer als Streikbrecher zu erwischen. Die Situation der Kämpfenden ist trotz des 18wöchigen Kampfes ebenfalls noch so günstig, wie am Anfang des Streits. Es wird dringend erucht, auch weiterhin den Zugang von Stuhlarbeitern und Tischlern nach hier fernzuhalten.

In Sebnitz hat jetzt die Tischlerinnung den Streikenden einen von ihr aufgestellten Tarifvertrag vorgelegt, nachdem sie vorher den von der beiderseitigen Verhandlungskommission ausgearbeiteten Entwurf abgelehnt hatte. Da die neue Vorlage wesentliche Verschlechterungen enthält, mußten nun unsere Kollegen zur Ablehnung kommen. Der Streit dauert fort. Die Streikenden sind zu einem großen Teil abgereist oder in bewilligten Betrieben untergebracht. Der Arbeitswilligen sind wenige; auch die Suche nach solchen in Böhmen war seither ergebnislos, da die dortigen Arbeiterzeitungen von uns über die Sachlage informiert wurden und darüber berichteten.

In Striegau in Schlesien besteht eine Wirtschaft, in der rund 800 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt sind. Die Wohn- und Arbeitsbedingungen sind wohl mit die schlechtesten dieser Branche in ganz Deutschland und ist auch die Konkurrenz aus Striegau allen Kollegen der Bürstenindustrie wohl bekannt. Organisiert ist hier nur der vierte Teil der Kollegen, und sind diese noch obendrein in fünf verschiedenen Organisationen zer-splittet. Daß unter solchen Umständen die Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verbessert werden können, liegt auf der Hand. In der vorigen Woche wollten nun die Kollegen der Zahnburstenabteilung eine Akkordpreisreduzierung von 80 Proz. abwehren und traten 140 Arbeiter und Arbeiterinnen in den Ausland. Aber schon nach 1½ Wochen mußte der Kampf bedingungslos abgebrochen werden, und sind circa 80 Arbeiter auf der Strecke geblieben, weil eben die Bedingung, zu einem Kampfe mit dieser Artgenossenschaft, Organisation und Schulung der Arbeiter, nicht gegeben war. Hoffentlich ziehen nun auch die Kollegen und Kolleginnen der Bürstenindustrie in Striegau daraus die Lehre, daß sie sich ja nicht und sondern der einzigen zuständigen Organisation, dem Deutschen Holzarbeiterverbande, anschließen müssen, wenn sie ihre Interessen wirklich vertreten wollen. Haben sie das eingesehen, dann werden, wie in München, Nürnberg, Hannover und Dresden und anderen Orten auch in Striegau bessere Arbeitsverhältnisse geschaffen.

In Velbert haben die Kollegen Forderungen eingereicht. Es ist nun abzumachen, wie sich die Innungsmaster dazu stellen, ob sie sich an einer friedlichen Einigung bereitstellen oder ob sie es zum Kampf kommen lassen. Vorläufig mögeln wir die Kollegen allerwärts ersuchen, Velbert nicht zu überlaufen. Werden hier doch noch Löhne bezahlt von 43 und 45 Pf., und überall wird noch 10 Stunden gearbeitet.

In Wolfsbüttel dauert der Tischlerstreit unverändert fort. Vorige Woche ersuchten die Ausländigen den Vorstand des Gewerbegebiets, eine Zusammenkunft beider Partien einzuleiten. Der Innungsvorstand aber ließ wissen, daß keine Einigung gewünscht sei, da es bei den schon früher geäußerten Bedingungen bleibe. Danach will die Innung nicht verhandeln und verlangt, daß die Arbeit bedingungslos aufgenommen wird. Wenn gleich nun auch zu gleicher Zeit der drängenden Kundschafft gut zugeredet und in Aussicht gestellt wird, daß jetzt die Gesellen bald von selbst wieder räumen, so werden die Meister bald einsehen, daß sie falsch spekuliert haben. Die Streikenden stehen noch so einmütig wie vordem und werden auch fernerhin aussitzen.

Ausland.

In Winterthur ist noch keine Aenderung in der Schreinereiindustrie eingetreten. Nur die Sche der Gewerbeverband gegen die Aussepperrn nimmt stetig an Intensität zu. Der Arbeiterschaft soll durch alle Mittel für jede Zeit der Nut genommen werden, an der Festsetzung der Arbeitsbedingungen mitzuwirken. Diese Rechnung ist ohne den Wirt gemacht, wenn die Gewissen allerorts sich bemühen, Zugang von Schreinern strengstens fernzuhalten.

Aus der Holzindustrie.

Was soll das?

Die „Fachzeitung“ der Tischlermeister scheint ein wenig an Begriffsverwirrung zu leiden. In ihrer Nr. 92 bringt sie einen Artikel mit der Überschrift: „Noch ein Beitrag zum Kapitel Vertragsbruch!“, der folgendermaßen beginnt: „Mit übergrößer Emphase hatte die „Holzarbeiter-Zeitung“ uns wegen der bekannten Güstrower Affäre zur Rede zu stellen versucht.“ Wir haben schon in der vorigen Nummer an der Hand eines Beispiels gezeigt, wie schwach das Erinnerungsvermögen der „Fachzeitung“ für Dinge ist, die sie erst vor kurzem geschrieben hat; ihre neueste Leistung läßt vermuten, daß dieser Zustand bei ihr chronisch ist. Bekanntlich hat die Diskussion über den Güstrower Fall damit begonnen, daß die „Fachzeitung“ unseres Verbandsvorstand wegen eines angeblichen Vertragsbruches angerempelt hat, was uns nötig, den erhobenen Vorwurf zurückzuwerfen. Jetzt ist die „Fachzeitung“ schon so weit, zu behaupten, daß wir sie zur Rede zu stellen versucht hätten. Anscheinend ist sie auch von der Mächtigkeit ihrer Anstellung überzeugt. — Eine bedauerlose Folge der herrschenden Sache!

Über was will die „Fachzeitung“ jetzt? Im Laufe der Diskussion über den Güstrower Fall hat sie die Behauptung aufgestellt, daß Mitglieder des Holzarbeiterverbandes in zahlreichen Fällen unberechtigt aus der Arbeit gelaufen seien, ohne daß der Vorstand dagegen aufgetreten wäre. Als Material für diese Behauptung wird nun ein Fall aus Lüneburg vorgeführt. In Bardowick bei Lüneburg habe der Tischlermeister Graue, der schon seit Jahren für Hamburg arbeite, die Arbeit für einen dortigen Bau mit circa 120 Fenstern übernommen. Um rechtzeitig fertig zu werden, habe er die Hilfe des Tischlermeisters Schmidt in Lüneburg in Anspruch genommen. Dieser hatte aber das Malheur, daß seine beiden Arbeiter, angeblich auf Veranlassung des Bevollmächtigten unserer Lüneburger Zahlstelle, die Fortsetzung dieser Arbeit, die sie für Hamburger Streitarbeit bezeichneten, verweigerten. Das gleiche Malheur hatte auch Herr Graue in Bardowick, bei dem ebenfalls zwei Arbeiter ohne Einhaltung der vierzehntägigen Kündigungsfrist die Arbeit einstellten. Diese haben Herrn Graue eine Erklärung unterschrieben, deren Wortlaut die „Fachzeitung“ abdrückt. Danach erklären die beiden Arbeiter, daß sie vom Vertreter der Zahlstelle Lüneburg des Deutschen Holzarbeiterverbandes aufgefordert seien, die Arbeit ohne Einhaltung der Kündigungsfrist niedergelegen, und daß sie dieser Aufforderung nachkommen.

Wir verzichten zunächst darauf, zu untersuchen, wie diese Erklärung zustande gekommen ist, wie überhaupt auf den ganzen Fall einzugehen. Derselbe darf für uns vorläufig damit als erledigt gelten, daß unser Verbandsvorstand von der Sache erst Kenntnis erhalten hat durch ein vom 28. Juli datiertes Schreiben des Schuhverbandsvorstandes. Er hat daraufhin eine Untersuchung eingeleitet, die jedoch noch nicht abgeschlossen ist. Als Material für die Behauptung der „Fachzeitung“, daß der Vorstand des Deutschen Holzarbeiterverbandes nicht dagegen aufstreite, wenn seine Mitglieder ohne Einhaltung des vertraglichen Instanzierweges die Arbeit einstellen, ist aber dieser Lüneburger Fall beim besten Willen nicht zu verwerten.

Dieser Vorgang muß aber aus einem anderen Gesichtspunkt gewürdigt werden. Es scheint, daß es die „Fachzeitung“ darauf angelegt hat, alles, was irgendwie als eine Vertragsverletzung seitens des Holzarbeiterverbandes gedeutet werden kann, in möglichster Weise zu behandeln. Der Zweck dieses Tuns ist nicht schwer zu verjüchten; dadurch soll der Anschein erweckt werden, als sei es um die Vertragstreue des Holzarbeiterverbandes sehr schlecht bestellt. Wohin sollte es aber führen, wenn wir dem Beispiel der „Fachzeitung“ folgen und jede bei unserem Verbandsvorstand eingehende Beschwerde brüderlich und ohne nähere Untersuchung veröffentlichten wollten? Wir halten es für richtiger, wenn solche Einzelfälle zunächst von den Vorständen gründlich untersucht werden, ehe man sie zum Gegenstand einer öffentlichen Besprechung macht. Sollten wir jedoch durch das Vorgehen der „Fachzeitung“ genötigt werden, nach der gleichen Methode zu arbeiten, dann ist es nicht schwer, vorauszusehen, wer dabei denkürzeren zieht.

Der „Eiche“, dem Organ des Hirsch-Dunderschen Gewerbevereins der Holzarbeiter, haben wir, als wir die Rede über die „Datschbank von Trik König in Berlin“ einer Besprechung unterzogen (siehe den Artikel „Die Streitunterstützung im Deutschen Holzarbeiterverband“ in Nr. 30 der „Holzarbeiter-Zeitung“) mildernde Umstände zugebilligt. Das Hirschblättchen kommt nun in seiner Nr. 31 noch einmal auf das Thema zurück und zwar in einer Weise, die beweist, daß die Zulassung mildernder Umstände völlig berechtigt war. Wir seien, meint die „Eiche“, gleich einer wütenden Regate über sie hergefallen und hätten geschimpft, was das Zeug hält. Diese Behauptung, der Gegner habe geschimpft, und wer schimpft, hat unrecht, ist ein Trick, den kleine Geister gern anwenden, wenn ihnen in der Diskussion die Puste ausgeht, deshalb ist es auch ganz natürlich, daß sich die „Eiche“ dieser Waffe bedient. Freilich ist die Waffe im vorliegenden Fall ein Messer ohne Griff, denn die Klinge fehlt, denn eine Schimpferei wird ein objektiver Beurteiler in unserem Artikel selbst mit dem Mikroskop nicht erkennen können.

Aber wir wollen der „Eiche“ nicht Unrecht tun, sie läßt auch einen Geistesblitz leuchten. Wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“, schreibt sie, hinter ihren Mitgliedern Streikbrecher sucht, die wir durch solche Mittel (nämlich durch den

Bericht auf der Streitunterstützung, wonach die Unterstützung im Falle des Streikbruches zurückgezahlt werden muß) vom Streikbruch zurückgehalten werden können, so ist das ihre Sache, wir haben bis jetzt noch nicht notwendig gehabt, solche Mittel bei unseren Mitgliedern in Anwendung zu bringen.“ Das mag stimmen, ist aber auch sehr erklärlich. Eine Organisation, die ihre Mitglieder systematisch zum Streikbruch erzieht, und bei der notorische Streikbrecher als erfreulicher Mitgliederzutritt willkommen sind, muß mit anderem Maßstab gemessen werden, als eine Kampforganisation. Ihr fehlt aber auch die Fähigkeit, taktische Maßnahmen der Gewerkschaften richtig zu würdigen, was die „Eiche“ im vorliegenden Fall wieder in ausreichendem Maße bewiesen hat.

Wir werden übrigens darauf aufmerksam gemacht, daß der Gewerbeverein, wenn er sich über die Bürkligförderung geahnter Streikunterstützung entrüstet will, ein viel näher liegendes Objekt im eigenen Lager hat. Da Quedlinburg führten die Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Gärtner nicht ausreichten, um die riesige Zahl von 17 Streikenden zu unterdrücken, wurden öffentliche Sammlungen veranstaltet. Als später einige Gärtner zwar nicht zu Streikbrechern wurden, aber aus dem Gewerbeverein austraten, da wurden sie durch ein Brieflein beklagt, worin ihnen mitgeteilt wurde, daß sie die empfangene Streikunterstützung, wozu, wie erwähnt, die Mittel durch öffentliche Sammlungen aufgebracht waren, an den Verein zurückzuzahlen haben, widrigstens klagbar gegen sie vorgegangen würde. Bis zur Rückzahlung des Geldes sollten sie als Mitglieder des Gewerbevereins geführt werden und verpflichtet sein, Beiträge an diesen zu zahlen. Der Hirsch-Dundersche Gewerbeverein der Gärtner war sogar so freundlich, diese Mahnung später zu wiederholen und außer dem „Darlchen“ auch noch Portofolios zu verlangen. Die „Eiche“ scheint von dieser etwags unrichtigen Sache keine Kenntnis gehabt zu haben. Wir möchten ihr deshalb empfehlen, bei Herrn Karl Goldschmidt, dem Verbandsvorstandenden der Gewerbervereine, Erklärungen einzuholen, der ja als Generalissimus beim Quedlinburger Gärtnerstreit auch über diese Dinge unterrichtet sein dürfte.

Neben die Lage der Drechsler in Österreich hat der dortige Drechslerverband im letzten Frühjahr eine Erhebung veranlaßt. Leider haben nur zwei Drittel der Verbandsmitglieder die Personenfragebögen beantwortet, so daß das gewonnene Gesamtbild kein vollständiges ist. Zumindest dürften die Ergebnisse einen Blick in die Arbeitsverhältnisse unserer österreichischen Drechslerkollegen gestatten.

Erfäßt wurden von der Statistik 366 Betriebe, die insgesamt 2387 Werkstättenarbeiter, 1162 Heimarbeiter, 471 Hilfsarbeiter und 875 Arbeiterinnen sowie 239 Lehrlinge beschäftigen. Diese 366 Betriebe sind allerdings nach dem eigenen Urteil des österreichischen Verbandsvorstandes nur ein Bruchteil der vorhandenen. Von diesen Betrieben entfallen 138 mit 265 Beschäftigten auf die Knopfdrechsler, 135 Betriebe mit 868 Beschäftigten auf die Rauchrequisitenbranche, 22 mit 350 Personen auf die Meerschaum- und Bernsteinbranche und 58 mit 146 Beschäftigten auf die Gläsibranche. Die eigentlichen Holzdrechsler gehören bekanntlich nicht zu diesem Verbande. Die Heimarbeit ist am stärksten in der Knopfbranche, die gleichzeitig auch die größte Zahl Arbeiterinnen beschäftigt. Von obigen 366 Betrieben liegen allein 238 in Wien selbst. Das übrige Österreich, die sogenannte Provinz, ist also nur in sehr geringem Maße erfäßt worden. Dort sind aber gerade die Wässen, welche die Organisation jetzt gewinnen soll.

Die Arbeitsverhältnisse unterscheiden sich vornehmlich nach dem Arbeitsort. In Wien betrug die ermittelte Arbeitszeit 8½ bis 9 Stunden und nur für einen geringeren Teil der Arbeiter bis zu 10 Stunden täglich, in der Provinz dagegen schwankt dieselbe zwischen 9½ und über 12 Stunden. Der Durchschnitt ist dort 10¾ Tagestunden. Der alte Erfahrungstab: „Kurze Arbeitszeit, hoher Lohn“ bewährt sich auch hier wieder. Gelernte Arbeiter erzielen in Wien einen Wochenverdienst von 18 bis 40 Kronen, in der Provinz nur 10 bis 28 Kr. Hilfsarbeiter in Wien 10 bis 24 Kr. in der Provinz 7 bis 24 Kr. Der Verdienst der Arbeiterinnen wird als sich zwischen 4 und 19 Kr. pro Woche bewegend angegeben. Wie die Statistik ferner ergibt, ist die vorherrschende Entlohnungsweise der Stücklohn, vier Fünftel aller von ihr Erfäßten arbeiten auf Stück.

Diese Statistik ist ein Versuch der Organisation, in die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der für sie in Betracht kommenden Arbeitergruppen näher einzudringen. Wenn auch die Beteiligung zu gering war, um ein sicheres Urteil zuzulassen, so darf man nach den Erfahrungen bei den Statistiken in der Jugendzeit unseres Verbandes ohne weiteres annehmen, daß sich auch hier in der Handelsfahrt die besser gesetzten Arbeiter beteiligt haben. Das würde aber bedeuten, daß die Arbeitsverhältnisse der österreichischen Knopf-, Stoc- und Bernsteinindustrie im Durchschnitt noch weit ungünstiger sind, als oben geschildert wurde.

Der Vorstand des Schweizerischen Holzarbeiterverbandes ersucht uns um Veröffentlichung folgender Befreiung: Die schweizerischen Tischlermeister führen bei offizieller Unterzeichnung durch Anwälte Arbeitskräfte nach der Schweiz anzuwerben, wo dann gewöhnlich die Kollegen, die auf solche Anwälte hin Arbeit annehmen, schwer getäuscht werden. Wir ersuchen deshalb die Kollegen, bevor sie auf solche Anwälte hin Arbeit nach der Schweiz annehmen, sich zuvor bei der in Betracht kommenden Sektion unseres Verbandes über das Arbeitsverhältnis zu erkundigen, um sich dadurch vor eigenem Schaden zu bewahren. Ferner ersuchen wir die reisenden Kollegen, in der Schweiz das Immunisieren zu unterlassen, respektive zulasten bei den in Betracht kommenden Sektionsvorständen über das Verbot oder Richtverbot des Umschauverbots Erklärungen einzuziehen. Das strikte Umschauverbot besteht für die Orte: Basel, Bern, St. Gallen, Dornach, Luzern und Zürich. Ganz gesperrt sind die Orte: Winterthur, Zug und Vachen.

Gewerkschaftliches.

Die Unterstützungsleistungen der Gewerkschaften.

In der Agitation der Hirsch-Dunderschen Gewerbevereine sowohl als auch der christlichen Gewerkschaften spielen die Unterstützungsleistungen der respektiven Organisationen eine große Rolle. Wir haben schon wiederholt Gelegenheit gehabt, zahlenmäßig den Nachweis zu führen, daß das, was die Gewerbevereine sowohl als auch die christlichen Gewerkschaften leisten, im Vergleich zu den Leistungen der freien Gewerkschaften sehr bescheiden ist. Immerhin ist es nützlich, wenn man diesen Nachweis auch an der Hand amtlicher Zahlen führen kann. In dem kürzlich vom Kaiserlichen Statistischen Amt herausgegebenen neuesten Bande des „Statistischen Jahrbuches für das Deutsche Reich“ sind auch die Rechnungsergebnisse der verschiedenen Gewerkschaftsrichtungen behandelt. Neben den von den Organisationen mitgeteilten absoluten Zahlen für das Jahr 1910 enthält der Band auch eine Übersicht, aus welcher der Anteil der einzelnen Unterstüzungssachen vom Hunde der Gesamtausgaben der Verbände ersichtlich ist. Vergleicht man das Ergebnis der aufgemachten Berechnungen für die drei Organisationen, dann ergibt sich folgendes Bild:

Von je 100 M. Ausgaben der Organisation entfällt auf:

Unterstützungsart	Freie Gewerkschaften	Hirsch-Dundersche Gewerbevereine	Christliche Gewerkschaften
Arbeitslosenunterstützung	10,5	8,2	8,4
Weisemunterstützung	1,8	0,7	—
Umzugunterstützung	0,5	0,9	—
Motzallunterstützung	1,0	0,8	—
Krankenamt und Sterbegeld	18,0	85,7	17,1
Streit im Beruf	82,0	11,9	25,2
Gewerkschaftsunterst.	1,4	—	—
Streit in anderen Berufen und im Ausland	0,9	—	—
Sonstige Unterstützungen	—	—	0,7
Summa	67,0	58,2	46,4

Aus dieser Zusammenstellung ergibt sich, daß bei den freien Gewerkschaften nicht nur im ganzen ein viel höherer Anteil der Ausgaben auf Unterstützungen entfällt als bei den Hirsch-Dunderschen und den Christen, auch in fast allen Einzelzahlen ist der Anteil der freien Gewerkschaften höher. Durch den Umstand, daß der Posten Krankenunterstützung und Sterbegeld bei den Hirsch-Dunderschen Gewerbevereinen verhältnismäßig hoch erscheint, darf man sich nicht irreführen lassen. Das ist auf den bekannten Läufchungsversuch der Hirsche zurückzuführen, welche die Leistungen ihrer Kranken- und Sterbekassen als solche der Organisation mit registrieren, obwohl es sich hier um selbständige Kasseneinrichtungen handelt, die für ihre Leistungen besondere Beiträge erheben und denen auch nur ein Teil der Gewerbevereinsmitglieder angehört. Würden die Hirsch-Dunderschen, wie es allein richtig ist, nur mit den Leistungen ihrer Gewerbevereine rechnen, dann würde es noch deutlicher in Erscheinung treten, wie geringfügig der Betrag ist, der von ihren Ausgaben auf die Unterstützungen entfällt.

Ähnlich wie bei der Gesamtheit der Gewerkschaften ist auch das Verhältnis bei den Verbänden der Holzarbeiter. Hier ergibt sich folgender Anteil der Unterstützungen auf je 100 M. Ausgaben:

Unterstützungsart	Freie Gewerkschaften	Hirsch-Dundersche Gewerbevereine	Christliche Gewerkschaften
Arbeitslosenunterstützung	19,6	10,5	10,7
Weisemunterstützung	2,5	1,8	—
Umzugunterstützung	0,8	1,7	—
Motzallunterstützung	1,8	0,5	—
Krankenamt und Sterbegeld	16,5	28,8	18,0
Streit im Beruf	25,9	9,1	25,8
Gewerkschaftsunterst.	1,2	—	—
Streit in anderen Berufen und im Ausland	2,4	—	—
Sonstige Unterstützung	—	—	1,4
Summa	70,2	47,4	60,9

Für den Posten Krankenunterstützung und Sterbegeld beim Hirsch-Dunderschen Gewerbeverein der Holzarbeiter gilt das gleiche, was oben von den Gewerbevereinen im allgemeinen gesagt ist. Ruffällig ist auch der verhältnismäßig kleine Betrag, den der Gewerbeverein für Streitunterstützung ausgibt. Das ist ein guter Maßstab für die Kampftüchtigkeit der Organisation. Der christliche Holzarbeiterverband hat einen erheblich höheren Anteil seiner Ausgaben für Streitunterstützung verwendet, allerdings bedeutend weniger als der Deutsche Holzarbeiterverband, der überhaupt, wie die Zusammenstellung zeigt, an Unterstützungen ganz beträchtlich mehr leistet, als seine kleinen Konkurrenzorganisationen. Haben die Mitglieder des Gewerbevereins und des christlichen Verbandes auch einen geringeren Vorteil von ihrer Organisation, so haben sie doch einen anderen Trost. Der christliche „Holzarbeiter“ hat das kürzlich so ausgedrückt: „... wird den Mitgliedern unseres Verbandes (des christlichen) weder das Glück der Religion noch die nationale Gesinnung verehrt. Unser Verband steht eben auf christlich-nationalem und der Deutschen Holzarbeiterverband auf sozialdemokratischem Boden.“ Auf den Quatsch, daß im Deutschen Holzarbeiterverband den Mitgliedern das Glück der Religion verehrt wird, brauchen wir ebenso-

wenig einzugehen, als auf die Phrase von der nationalen Gesinnung. Wer sich aber über die geringe materielle Leistung seiner Organisation damit trösten will, daß er dafür im Diesseits kräftig Hurra schreien darf, wenn ihm durch die „nationale“ Wirtschaftspolitik das Fell über die Ohren gezogen wird, und daß ihm künftige Belohnung im Jenseits winkt, dem lassen wir diesen Trost, denn mein nicht zu raten ist, dem ist auch nicht zu helfen.

Eine gewerkschaftliche Landeskongress für Württemberg tagte am 30. Juli in Stuttgart. An dieser Konferenz nahmen Vertreter der Gewerkschaftsärzte und Organisationen sowie die in Württemberg stationierten Gauvorsteher der Gewerkschaften teil. Arbeiterscretär Maitrat referierte über die sozialen Wahlen nach der Reichsversicherungsordnung. Alshann sprach Gewerkschaftscretär Haarer über die Schaffung einer gewerkschaftlichen Landeszentrale. Die Gründung einer solchen Zentrale wurde beschlossen und ihr folgende Aufgaben zugewiesen: Vorbereitung und Durchführung der Wahlen der Arbeitervertreter bei allen sozialen Wahlen; Unterstützung der Gewerkschaftsärzte und der Generalkommission angeschlossenen Organisationen in der Agitation und bei Lohnkämpfen; Förderung und planmäßige Regelung des Bildungswesens; Erledigung aller den Gewerkschaftsarbeiten gemeinsamen Angelegenheiten; Förderung des Bauarbeiterchuges in Württemberg durch geeignete Maßnahmen zur Einhaltung der bestehenden Schutzbefestigungen durch Auflösung der Bauarbeiter über die Frage des Bauarbeiterchuges und eventuell durch Positionen an die Regierung und an die gesetzgebenden Körperchaften. Als Beitrag für die Zentrale, die ihren Sitz in Stuttgart hat, wurde 2½ M. pro Mitglied und Jahr festgesetzt. Der württembergischen Landeszentrale sind auch die Gewerkschaften in Hohenzollern angeschlossen. Der letzte Punkt der Tagessitzung betraf die Beschlusffassung über ein Statut für den Bezirksmaisfelserfonds, welches vom Partei-vertretér Pfleiderer begründet wurde.

Der Dachdeckerverband hat den Anschluß an den Bauarbeiterverband abgelehnt. An der vorgenommenen Abstimmung beteiligten sich von den 7684 Mitgliedern des Verbandes nur 4778. Für die Verschmelzung stimmten 1927 Mitglieder, dagegen aber 8480, während 21 Stimmen ungültig waren.

Der Verband der Kupferschmiede hat kürzlich sein fünfzigjähriges Jubiläum gefeiert. Aus diesem Anlaß hat der Verbandsvorsitzende J. Sauer eine Geschichte des Verbandes als Festschrift herausgegeben. Der Verfasser des Buches hat seine Aufgabe ziemlich eng gesetzt. Er hat davon abgesehen, die Geschichte des Kupferschmiedehandwerks zu durchforschen, dafür hat er aber eine um so eingehendere Darstellung der Entwicklung des Verbandes gegeben. Einleitend werden einige Dokumente aus dem 17. und 18. Jahrhundert abgedruckt, welche erkennen lassen, welch weitgehenden Einfluß die Bünde auf die Gesellenbruderschaften ausübten. Auch die weitere Entwicklung dieser Bruderschaften, aus welchen später der Verband der Kupferschmiede herausgewachsen ist, wird eingehend geschildert. Der gut ausgestattete Band von etwa 300 Seiten ist ein guter Beitrag zu der Geschichte der deutschen Gewerkschaften.

Die Massenausplerrung in Schweden, die bekanntlich von dem Unternehmerinstitut inszeniert wurde, um die 8000 streitenden Bergarbeiter zur Unterwerfung zu zwingen, erfreut sich nunmehr auf rund 40 000 Arbeiter der Eisenindustrie, der Sägemühlen-, Papier- und Zellstoffindustrie, der Holzsälfereien, Hoblerien und der Installationsgewerbe. Die Unternehmer verhalten sich allen Einsangsversuchen gegenüber, die insbesondere auch vom Staatsminister kontrahiert wurden, ablehnend. Auch das norwegische Parlament, das Storting, hat sich bereits mit dem Riesenkampfe beschäftigt, an welchem der größte Teil der norwegischen Arbeiterschaft beteiligt ist. Auf Antrag des früheren Justizministers Castberg wird dort ein Gesetz zur Schaffung von Zwangsschiedsgerichten verabschiedet, welche schon für den schwedenden Kampf in Aktion treten sollen. Die öffentliche Meinung steht durchaus auf Seiten der Ausschärfungen, und verschiedene Gemeindeverwaltungen haben bereits Maßnahmen getroffen, ihnen Verdienstgelegenheit zu geben. Die Gewerkschaftsklassen werden auch dadurch entlastet, daß viele Tausende Ausgesperrter während der Erneuerung Beschäftigung in der Landwirtschaft gefunden haben, andre beschäftigen sich mit Fischerrei oder bei der Beeternte in den Wäldern. Um denen die auswandern wollen, ihre Absicht zu erleichtern, hat der Metallarbeiterverband 50 000 Kronen zur Verfügung gestellt. Ein Ende des Kampfes ist vorläufig nicht abzusehen.

Literarisches.

Die nachstehenden Werke können auch durch die Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes, Berlin C. 2, Neue Friedrichstr. 2, bezogen werden.

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Herausgegeben von Dr. Babel. Erster Band. Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. Preis 4,50 M.

Seit einer Reihe von Jahren sind in zwangloser Folge eine Reihe von Abhandlungen zur Gesundheitspflege des Arbeiters erschienen, die allgemein Anklang gefunden haben. Es war deshalb ein guter Gedanke des Verlages, diese Abhandlungen in einem Bande zu vereinigen. Der erste Band dieser Bibliothek liegt nun vor; er umfaßt 20 von den insgesamt bisher erschienenen 27 Heften.

Der Neue Welt-Kalender für das Jahr 1912 ist erschienen. Der von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. in Hamburg herausgegebene Kalender erscheint jetzt zum 36. Male. Der neue Jahrgang reicht sich seinen Vorgängern würdig an und dürfte zu den vielen alten Freunden noch manchen neuen werben. Der Preis beträgt wie seither 40 Pf.

Das neue Reichswertzuwachs-Steuergesetz vom 1. April 1911 und die Stellung der Sozialdemokratie zu ihm. Von Paul Göhr. Preis 75 Pf. Volksausgabe 25 Pf. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68.

Die Frauen und der politische Kampf! Herausgegeben vom Partivorstand der sozialdemokratischen Partei. Verlag Buchhandlung Vorwärts. Preis 20 Pf.

Geschichte der Revolutionsen. Von niederländischen Aufstand bis zum Vorabend der französischen Revolution. Von Dr. A. Conrad. Mit zahlreichen Bildern und Dokumenten aus der Zeit. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Erscheint in 60 Lieferungen à 20 Pf. Das Abonnement kann jederzeit beginnen.

Kommunale Praxis. Wochenschrift für Kommunalpolitik und Gemeinde sozialdemokratisches. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Jede Woche erscheint ein Heft. Abonnementspreis 8 M. pro Quartal. Einzelnummer 80 Pf.

Protokoll der ersten Reichskonferenz der Versicherungsangestellten am 17. April 1911 in Berlin. Veranstaltet vom Verband der Bureauangestellten Deutschlands. Selbstverlag des Verbandes.

Wie mache ich Inventur und Bilanzabschluß? Die gesetzlichen Vorschriften in gemischtverstaatlicher Erläuterung nebst Bilanzentwürfen. Aus der Praxis für die Praxis dargestellt von Mag. Lustig, Kaufmännischer Sachverständiger. Kaufmanns-Jurist. Verlag G. m. b. H. Mainz 8; Preis 1,50 M.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Eischner und anderer gewerblicher Arbeiter

(C. S. 8 in Hamburg)

Einnahme im Juli:

Überschüsse landeten ein: Ebingen 1200 M., Freiburg i. B. 1100, Schwäbisch Gmünd 1100, Breslau, Düsseldorf, Türlach, Friedelsfelde, Gaarden, Offenbach, Plagwitz je 400, Hohen-Schönhausen 350, Bayreuth, Ebenrode, Gotha, Hemmoor, Herford, Neu-Isenburg, Stade, Tauberbischofsheim, Ulrich, Wallendorf, Weitersheim 300, Nieder-Erlenbach 280, Ebersbach, Hannover, Leipzig 1, Stendal je 250, Rathenow 275, Schaffhausen, Weierheim, Wieselsfeld, Bonames, Bödingen, Cöthen, Gronberg, Darmstadt, Dessau, Ettringen, Gevelsberg, Gohrisch, Gonsenheim, Griesheim, Halberstadt, Harburg, Herford, Kaiserslautern, Kirchheim, Ladenburg, Löcknitz, Münster, Neustadt a. d. O., Neustadt b. L., Neu-Ulm, Oberhettlingen, Offenburg, Oldesloe, Schleusingen, Schweigen, Sellehausen, Steglitz, Striegau, Alzey, Aachen 200, Elsbra 190, Lorsch 180, Döbeln 175, Alzenau, Baunen, Böhme, Ehrenberg, Vonn, Bunglau, Eilenburg, Feuerbach, Friedenau, Hamburg IV, Heddesheim, Hennef, Hermülheim, Homburg, Kempfen, Landau, Marienfeld, Neuenburg, Montabaur, Münden, Niedersaader, Nied.-Heumar, Niefern, Mothenburg, Schonefeld, Schmetz, Trebbin, Vendorf je 150, Dörnberg 125, Gusen-Westhoven 130, Baumshausen, Wehr, Untergrüne, Wittenberg, Wittenberg, Brem, Bredow, Bubenheim, Cannstatt, Drais, Dresden-N., Dünnwald, Eisleben, Ettendorf, Endenich, Fellbach, Gröningen, Hamburg V, Heidelberg, Heiligenzell, Heinrichsruh, Helmstedt, Höhr, Johanniskirch, Kabel, Kesseln, M.-Hauen, Königsberg, Lippstadt, Lippoldshausen, Lübschena, Malsch, Oettingen, Osendorf, Osnabrück, Plauen i. V., Pöhlne, Potschappel, Reutlingen, Mühlheim, Ruhthof, Schwerte, Teudern, Tübingen, Unterhöningen, Untergrüne, Vaa, Wahren, Wiersheim, Wilsdorf, Wilster, Langenholzhausen je 100, Hochstädt 90, Mörsenbüttel 85, Apolda, Wiedern, Oberdrift, Saalfeld, Stockstadt je 80, Großenhain, Plauen b. Dr., Weißwasser je 75, Bromberg, Badenburg, Fulda, Herford, Oberkirch, Meckenbach, Strichsen, Wetterbergje 60, Vorsdorf 51, Achim, Hameln, Hasselbach, Jena, Niederstein, Ochsenfurt, Mainz, Tiegenhof, Schleidnitz je 50, Freiburg i. S. 40, Orlau 30 M.

Summe der Überschüsse	80 548,21 M.
Beiträge von Einzelmitgliedern	2 768,90 "
Eintrittsgelder von Einzelmitgliedern	18,40 "
Büffeln von Kapitalien	5 177,88 "
Sonstige Einnahmen	242,95 "
Gesamteinnahme	88 758,84 M.

Ausgabe im Juli:

Zuschuß erhielten: Berlin F 800, Ansbach, Berlin A, B, G, J. Görde je 400, Essen, Stuttgart je 300, Kothen, Zeulenroda je 250, Braunschweig, Deuben, Diesesheim, Frankfurt III, Gelsenkirchen, Hochst, Süderbrück, Wilmersdorf je 200, Elmschenhagen, Endenich, Langenweddingen, Dehnhausen, Pöll, Müdigheim, Ruppert, Schweine je 150, Brück 120, Alte, Camberg, Duisburg, Ebingen, Elstern, Grethen, Hamburg III, Jüchen, Kronach, Lägerdorf, Lamrecht, Lettin, Lorchbach, Martinroda, Remmingen, Rommes, Rheingönheim, Schönau, Schwartau, Verna je 100, Untermauer 80 M.

Summe der Zuschüsse	9 280,— M.
Krankengeld an Einzelmitglieder	2 538,80 "
Sterbegeld	90,— "
Sonstige Ausgaben	3 426,86 "
Gesamtausgabe	15 835,66 M.

Gesamteinnahme	88 758,84 M.
Gesamtausgabe	15 835,66 M.

Bemühung des Vermögens 23 418,15 M.

A. Hud, Hauptklassierer.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen

(C. S. 8, Hamburg)

Im Juli landeten Überschüsse ein: Berlin A 400 M., Durlangen 200 M., Bargleheide 200 M., Leipzig 150 M., Bergedorf 100 M., Harburg 100 M., Mannheim 100 M., Summa 1250 M.

Zuschuß erhielt Kaiserslautern 150 M.

Jul. Maßmann	Hamburg 31, Schwamseest. 37, part.
--------------	------------------------------------

Anzeigen.

Berlin. Die Arbeitsvermittlung für nachfolgende Branchen erfolgt im paritätischen Arbeitsnachweis, Sennenhofstraße 18 und Fischerstraße 1:

Drechsler. Möbelsticker. 8-10 Uhr vormittags.

Stellmacher. Stöckarbeiter. vormittags.

Maschinenarbeiter von 10-12 Uhr vormittags.

Eisener von 1½-2½ Uhr nachmittags.

Modellholzher. 8-10 Uhr vormittags und nachmittags.

Baumöbelher. von 1-8 Uhr nachmittags.

Tischler außer Branchen außer Baumöbelher von 8 bis 1 Uhr vormittags.

In dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle, Engelstrasse 10, Parkett, Saal 4, werden vormittags von 9-12 Uhr folgende Branchen vermittelt:

Büroarbeitsmischer, Stellmacher. Richard Saalhof.

Bodenläger, Korbmacher. Helmstedt (Herzogt. Braunschw.).

Büromöbelmischer, Tischler. Schleidenberg.

Gussformenmischer, Tischler. Schleidenberg.

Kontinentalmischer, Tischler. Schleidenberg.

Metallarbeiter, Bergedorf.

Alle übrigen Arbeitsnachweise sind für Verbandsmitglieder gesucht.

Das Antragen um Arbeit in den Werkstätten ist streng verboten.

Bremen. Der paritätische Arbeitsnachweis findet Breitestr. 85 statt. Die Arbeitsvermittlung findet außer Sonnab. Sonn. und Feiertage jeden Tag von 9 bis 8 Uhr statt. Vor Einschauen wird gewarnt.

Darmstadt. Arbeitsnachweis Bismarckstraße 19.

Umschauen ist streng verboten.

Hann. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Verbandsbüro, Hirschstr. 24. Alle ausstellenden Kollegen sind gebeten, sich nur durch den Nachweis vermittelnd zu lassen. Umschauen ist unbedingt zu unterlassen.

Würzburg. Die Herberge u. Reiseunterstützungsauszahlung befindet sich im "Stuttgarter Hof", Schlossstr. 6.

Nürnberg. Der Arbeitsnachweis befindet sich bei dem Bevölkerungsamt, Hauptstr. 118.

Stade. Der Arbeitsnachweis für alle Branchen befindet sich im Bureau, Hauptstr. 18, Eingang Mittelgasse, 1. Etage. Gehalts von 11-1 und 5-7 Uhr. Umschauen ist verboten.

Weidenbach, Vogtl. Der Arbeitsnachweis für Weidenbach und Umgebung befindet sich im Rathaus auf Zeulenstr. 1 und ist gefürt von 7 bis 8 Uhr abends. Umschauen ist strengstens verboten.

Wittenberg. Der Arbeitsnachweis für Tischler, Maschinärbeiter, Drechsler und Wagner befindet sich bei dem Kollegen Ettner, Hermannstr. 22, dort darf Umschauen ist strengstens verboten. Die Reiseunterstützung wird im Gewerbeamtshaus, Bismarckstraße 41, ausgeschüttet. Am Wochentagen abends 7-8 Uhr, an Sonn- und Feiertagen mittags von 12-1 Uhr.

Würzburg. Die Arbeitsvermittlung erfolgt durch den Kollegen E. Götz, Rothenbergerstr. 86, abends von 6 bis 7 Uhr. Die Kollegen der umliegenden Orte sowie auswärts sind gebeten, die ihren Arbeitsnachweis zu beweisen und das Umschauen zu lassen.

Alois Rejcek, Möbelsticker, wird im eigenen Interesse um ein Lebenszeichen höchstens erucht an Toni bei Frau Denes, Wien 1, Johannesgasse 8.

Franz Hoff, Tischler aus Ege, geb. am 31. 6. 1884, Buchn. 451004 wird erucht umgehend seine Adresse zu senden an: 5. Thälle, Endenich, Bonnstr. 10.

R. Köhler, A. Reine, sende Adr. an G. Müller, Steinweg, Minden, Westf., Süssmiede 11.

Joseph Kramer, Marlsdorf, wird hiermit erucht, seinen Aufenthaltsort anzugeben. Kollegen, welche seine Adresse wissen, werden gebeten, diese umgehend an uns gelangen zu lassen. Die Ortsverwaltung Frankfurt a. M.

Ernst Oldmann, Tischler aus Gräfelfing, Buchn. 506741, wird in einer Gelegenheit erucht, seine Adresse zu senden an: Watermann, Wallstr. 218 in Hoh-Oberdorf.

Zahlstelle Bremerhaven.

Die Stelle des Lokalbeamten in der heisigen Zahlstelle ist durch den Kollegen Heinrich Jensen, Stiel, besetzt. Die übrigen Bewerber, denen zugleich der Mund abgestattet sei, wollen auf diesem Wege davon Kenntnis nehmen.

Tüchtige Möbelschreiner, die selbstständig nach Zeichnung auf seiner Möbel arbeiten können, werden sofort gesucht.

Ludwig Alter, Holzmöbelfabrik Darmstadt.

Rekrutanten haben mit dem Arbeitsnachweis der Zahlstelle Darmstadt in Verbindung zu treten.

Jüngerer Tischler auf bessere Möbel für dauernd gesucht; auch ein erfahrener Polierer wird eingestellt.

J. H. Carlens, Wiesenbürg.

Tüchtige Tischler für furnierte Arbeiten bei hohem Lohn gesucht.

Vogt. Kunstmöbel-Industrie-Alten-Gesellschaft.

Ernst Seidel, Auerbach i. Vogtl.

Zwei tüchtige ältere Schreiner auf furnierte Säle- und Wohnzimmer werden sofort gesucht.

Wilhelm Schumann, Möbelschreinerei Herz-Jesu-Kirche 6, Frankfurt a. M. (Hessen).

Siehe sofort 2 tüchtige Schreinergesellen und 2 Tischlerassistenten auf dauernde Arbeit und guten Alfordlohn.

Heinz Wollmetz, Mech. Schreinerei Wadernsloch, Kreis Beckum.

Eine grössere Anzahl tüchtiger Möbelschreiner sind sofort dauernde Beschäftigung bei

P. Maier Sohn, Möbelfabrik Altensteig, Schwarzwald.

3 Tischler stellt für dauernd ein **Paul Melis**, Tischlerei mit Strafbetrieb Bischofsburg, OÖpr.

Siehe sofort zwei tüchtige Bau- und Möbelschreiber.

Friedrich Schulze, Tischlermeister Beckendorf i. Elster. Alte Dorfstr. 6.

Tüchtige, selbstständig nach Zeichnung arbeitende Tischler auf seine Möbel und Innenausbau, möglichst ältere Leute, erhalten gutlohnende und dauernde Beschäftigung. **Kunstmöbelfabrik Treuen** i. S.

Zum sofortigen Eintritt werden tüchtige Möbelschreiber für dauernde Arbeit gesucht.

G. A. Schill, Holzmöbelfabrik Leipzig.

Tüchtige Tischler auf bessere Buffets gesucht. **Richard Saalhof**.

Tüchtige Tischler auf Fenster und Türen suchen sofort.

Gebr. Pehold, Döbeln i. Sa.

Tüchtiger Möbelschreiber für furnierte Arbeit erhält dauernde Beschäftigung bei **Tischlermeister Kuhlein** Spremberg,lausitz.

Einige Stuhlbauer bei dauernder Beschäftigung gesucht.

Prede & Schwarz, Blomberg i. Lippe.

Stuhlpollerer selbstständig und tüchtig, sofort gesucht. Dauernde Arbeit. Briefe erbeten an

Oberb. Holzwarenfabrik Kurzenberger & Brahmöbel Politzkirchen i. Oberbahern.

Tüchtiger einfältiger Leistenpolierer sucht dauernde Stellung in bessere Leistungsfabrik. Offerten unter **O. S. 263** an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Tüchtiger, zuverlässiger Maschinenarbeiter, der an der Wanl mitarbeiten kann, sofort gesucht für neuerrichtete Bau- und Möbelschreinerei mit elektrischem Betrieb. Dauernde Stellung, hoher Lohn.

G. Ouhu, Lüdenscheid (Nordrhein-Westf.).

Jüngerer Drechslergehilfe, militärfrei, welcher Lust hat sich auf Wiesengräberei einzurichten wird, dauernde Stelle will nicht, sofort gesucht. Drechsler, die auf Möbel oder grössere Massenartikel gearbeitet haben (nicht Spielwarendrechsler), wollen sich melden. Solche, die schon auf Metall gearbeitet haben, bevorzugt.

F. J. Schmidt, Markneukirchen 230.

Guter Stockbileger für Cornelius, seine Hölder s. so. gesucht.

Starke & Weidner, Dresden-M. Stodtfeld.

Tüchtiger Einleger gesucht.

Süddutsche Stockfabrik Gebrüder Marshall, Mainzheim.

Tüchtiger Couleurmischer auf Rohrstöcke findet dauernde Beschäftigung b. hoh. Lohn.

Ludwig Neuschäfer, Briegel i. Thür.

2 tüchtige Nasvier bei gutem Alfordlohn für dauernd gesucht.

Bauer & Co., Spazierstockfabrik Hattersheim bei Frankfurt a. M.

Ein jüngerer Vergolder sofort gesucht.

F. Albrecht Frankfurt a. M., Fahrstrasse 28.

Tüchtiger Farbigmacher, der auf bessere Leistungen gut eingearbeitet ist, findet dauernde Beschäftigung bei

Amrich & Goedtsche, Meerane i. Sach.

Gesucht 2 tüchtige Stellmacher, hoher Lohn, dauernde Arbeit.

D. Wartemann, Wagenbauerei m. Kraftb. Rheine i. Westf.

2 tüchtige Kastenhelfer auf Karosserien zum sofortigen Eintritt gesucht.

Jos. Diefenbach Koblenz a. Rhein, Löhrstraße 28.

Siehe einen Korbmacher auf große und klein. Geschlagene Arbeit.

Franz Heil Lübau i. S., Promenadestr. 4.

Gesucht junger Korbmacher für Gemalt und Geschlagen für dauernde Beschäftigung. Tarif oder Wocheno. Lohn.

H. Timmaru, Korbmacher Altenbamme, Hamburg-Land.

Jüngerer Korbmachergeselle auf Reiseförde per sofort verlangt.

Friedr. Köpke, Wittenburg i. Medz.

Gesucht sofort ein tüchtiger, solider Korbmacher auf Mattarbeit.

H. Stredwall, Korbmachermeister Borsig, Kr. Zoll. Bez. Hamburg.

Zwei Korbmacher auf Matt und Grün geschlagen, Wocheno. Lohn, kost. u. Logis i. Haus.

Joh. Günther, Korbsecherei Nieder Ingelheim a. Rhein.

Erneue den Korbmacher Karl Vöhne um seine Adresse.

Siehe sofort einen tüchtigen Korbmachergehilfen auf Grün- und Großgeschlagen.

F. Niemann, Korbmacher Goldberg i. Medebach.

Siehe für sofort einen tüchtigen Arbeiter auf Geschlagenes bei gutem Lohn und dauernder Beschäftigung.

Konrad Löffmann, Korbmachermeister Schmalzheim a. Main, Garbenstr. 17.

Siehe zu sofort anständigen, jüngeren Korbmachergesellen auf grün.

Carl Bär, Korbmachermeister.

Gaudelenken i. d. Alt.

2 Korbmacher auf Mattarbeit und 1 auf Geschlagen. sucht sie sofort.

Barthold, Mothenburg a. Oder.

2 Korbmacher auf grün Geschlagen und Gesamt gesucht.

Schellenberg, Hannover, Hallerstr. 20.

Korbmacher, junger Gestellarbeiter, sofort gesucht.

W. Raak, Werdorf i. Holst.

Tüchtiger junger gelernter Korschneider findet dauernde Beschäftigung, evtl. Lebensstellung.

Wormser Werkwaren-Industrie Helmuth Drer & Co., Worms.

Eine gutgehende Wagneret mit elekt. Betrieb in einer aussichtsreichen Stadt am Bodensee, 8-7000 Einwohner, preiswert zu verkaufen, 7-8000 M. Kapital erforderlich.

Außer einem kleinen Betrieb, dieses das einzige Geschäft am Platze. Einem tüchtigen Geschäftsmann, besonders wenn er auch im Grosserwerb Erfahrung hat, wäre eine sichere Errichtung geboten. Offerten erbeten unter

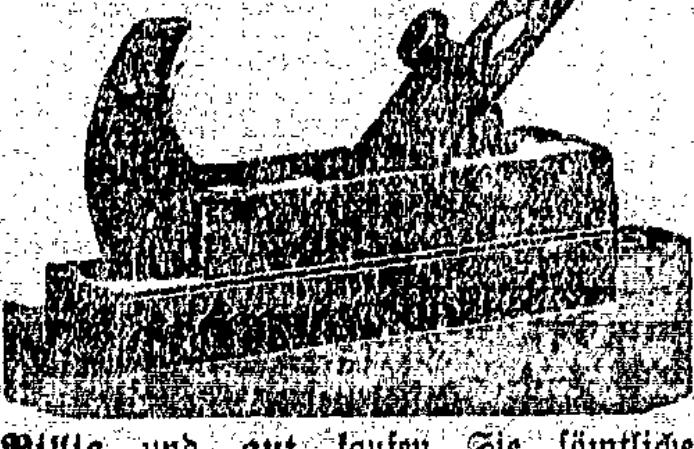
M. A. 264 an Gm. d. Holzarb. Ztg.

Achtung. Ein guter Korb- u. Kinderwagenegeschäft ist wegen and. Unternehmens sof. für den Einlaufpreis s. verl. erforderl.

ungef. 500 M. Gehalts zur Seite. Größere Bestellungen von Versendungen mit zu übernehmen.

Off. an **P. Härtel**, Kothenau i. Schl., Ming.

Katalog gratis und franko



Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

G. m. b. H.: Berlin C. 2, Neue Friedrichstraße 2.

Den Verbandsmitgliedern empfehlen wir das vor kurzem von uns herausgegebene

Lohnbuch für Holzarbeiter.

Der Einheitspreis beträgt 10 Pf. an die Zahlstellenverwaltungen liefern wir:

10 Exemplare (1 Polypaket) für 1,50 M. portofrei

90 " (2 Polypakete) 1,70 "

180 " (4 Polypakete) 2,70 "

360 " (8 Polypakete) 5,40 "

Gerne empfehlen wir zur Anschaffung: